



Die Entwicklung von São Paulo ist beispielhaft für den weltweiten Trend zur Verstädterung. Noch 1950 wohnten im Großraum der brasilianischen Metropole circa 2,3 Millionen Menschen – heute sind es mit über 20 Millionen fast neunmal so viele. Weltweit haben nur Tokyo und Delhi noch mehr Einwohner. Doch das rasche Wachstum der Stadt hat auch Nachteile mit sich gebracht – trotz vieler Verbesserungen in den letzten Jahren bleiben Armut, Kriminalität und Umweltverschmutzung weiterhin große Probleme.

Das Magazin der GIZ

akzente

Stadt & Land

Ländliche und städtische Räume gemeinsam entwickeln

WEITERE THEMEN:

Senegal: Eine deutsche Windenergiefirma bringt Elektrizität in abgelegene Dörfer.

Saudi-Arabien: Biolandbau in der Wüste

giz Deutsche Gesellschaft
für Internationale
Zusammenarbeit (GIZ) GmbH



Dorothee Hutter,
Leiterin Unternehmenskommunikation

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ein halbes Jahrhundert BMZ – in diesem Jahr feiert das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung einen runden Geburtstag. Die GIZ ist seit vielen Jahren ein innovativer und enger Partner des Ministeriums. Spannende globale Herausforderungen, zuverlässige Kooperation mit den Partnerländern Deutschlands, sichtbare Entwicklungserfolge weltweit: In einem Beitrag von Bundesminister Dirk Niebel lesen Sie mehr über Geschichte, Wirken und Zukunftspläne unseres Hauptauftraggebers.

Schwerpunkt der vorliegenden „akzente“-Ausgabe ist das Thema „Stadt und Land“. Weltweit wachsen die Städte, immer mehr Menschen zieht es dorthin. Gleichzeitig profitieren aber auch ländliche Regionen von diesem Phänomen. Vielfältige und komplexe Beziehungen zwischen Stadt und Land zeigen: Spricht man von Entwicklung in ruralen und urbanen Räumen, sollte man nicht von einem Gegensatzpaar ausgehen. Wie die GIZ mit den Aufgaben und Chancen rund um diesen Themenkomplex umgeht, steht in der Rubrik „akzentuiert“.

Seit 2004 ist die GIZ Mitglied im Global Compact (GC), setzt die GC-Prinzipien der verantwortungsvollen Unternehmensführung im Rahmen der Geschäftsprozesse um und berichtet regelmäßig über Aktivitäten und Wirkungen. Global Compact ist eine Wirtschaftsinitiative der UN, die Unternehmen eine Dialogplattform bietet und sie dabei unterstützt, sozial und ökologisch verantwortungsvolle Unternehmensführung zu etablieren. „akzente“ erklärt, was dahintersteckt. Außerdem berichten wir auch in diesem Heft aus den Regionen, in denen die GIZ aktiv ist: Der Bogen reicht vom Südsudan, dem jüngsten Staat der Welt, über Saudi-Arabien bis in den Senegal – das Spektrum der angebotenen Dienstleistungen ist groß und vielschichtig.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre mit vielen für Sie informativen Beiträgen.

A handwritten signature in blue ink that reads "Dorothee Hutter". The signature is fluid and cursive.

Dorothee Hutter



10

STADT & LAND: Ländliche und städtische Räume gemeinsam entwickeln



06

STROM FÜR DEN SENEGAL: Wie eine deutsche Windenergiefirma Elektrizität aufs Land bringt.



28

MIT ÖKOLANDBAU IN DIE ZUKUNFT: Saudische Landwirte betreiben Bioanbau in der Wüste.

TITELMOTIV: CORBIS/DANNY LEHMAN

I LOKALISIERT

Kurzmeldungen aus aller Welt 4
 Projekte, Veranstaltungen und Initiativen

I EXPONIERT

Strom für den Senegal 6
 Mikroenergiemodelle bringen Elektrizität und Chancen in die Dörfer.

I AKZENTUIERT

Stadt & Land 10
 Ländliche und städtische Räume gemeinsam entwickeln

I SPEZIAL

50 Jahre BMZ – Wir machen Zukunft! 24
 Bundesminister Dirk Niebel über Erfolge und Herausforderungen der deutschen Entwicklungspolitik

I FOTOGRAFIERT

Fantasie und Zuversicht 26
 Armenische Kinder schauen mit Hoffnung in die Zukunft.

I ENGAGIERT

Mit Ökolandbau in die Zukunft 28
 In der Wüste Saudi-Arabiens wird Bioanbau zum Erfolgsmodell.

Die Geburt eines Staates 32
 Die Menschen im Südsudan starten optimistisch in die Unabhängigkeit.

Frischer Wind fürs Geschäft 36
 In Tunesien setzen kleine und mittlere Unternehmen auf Innovation.

I PORTRÄTIERT

Eine Brücke in die Welt 40
 Arthur Wallach besuchte Bettina Ruigies in Bischkek.

Fünf mal eins 41
 Fünf GIZ-Mitarbeiter erzählen, was Entwicklung leisten sollte.

I ERKLÄRT

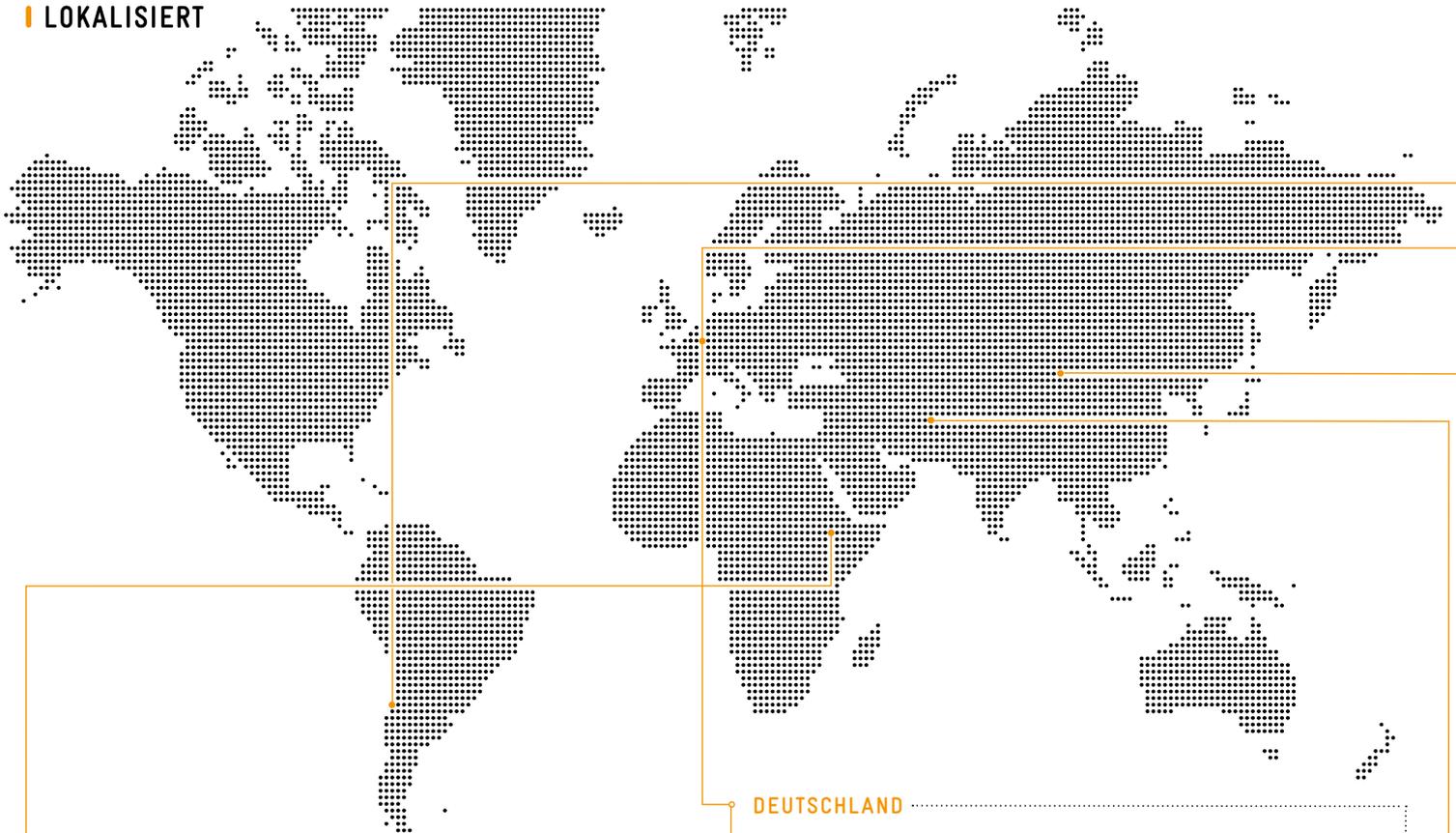
Prinzipien für die Wirtschaft 42
 Mit dem Beitritt zum Global Compact der Vereinten Nationen verpflichten sich Unternehmen zum nachhaltigen Wirtschaften.

I SERVICE

Literaturtipps 45
 Neue Literatur aus aller Welt und Publikationen der GIZ

Veranstaltung 46
 Internationale Fotoausstellung zum Thema Nachhaltigkeit

Vorschau 46
 Autoren und Fotografen dieser Ausgabe, Impressum 47



ÄTHIOPIEN

Neubau für die Afrikanische Union

Um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, benötigt das Direktorat für Frieden und Sicherheit der Afrikanischen Union eine moderne Zentrale. Das Auswärtige Amt finanziert den Neubau in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba mit 26,5 Millionen Euro. Das Management des Bauvorhabens und die technische Überwachung übernimmt GIZ International Services (IS). „Das neue Gebäude wird Büroraum für etwa 360 Angestellte bieten, einen großen Plenarsaal für den Friedens- und Sicherheitsrat, eine Bibliothek sowie abhörsichere Konferenzräume“, erläutert Martin Hansen, Leiter von GIZ IS in Äthiopien. Ende 2012 soll es bezugsfertig sein. Alle Baumaßnahmen werden von äthiopischen Firmen ausgeführt. „Dass es mittlerweile genügend heimische Baufirmen gibt, die einen so anspruchsvollen Auftrag durchführen können, ist auch ein Ergebnis unserer Aktivitäten“, so Hansen.



Modell des geplanten Neubaus für die Afrikanische Union in Addis Abeba.

DEUTSCHLAND

Eschborner Fachtage 2011



Am 21. und 22. Juni 2011 diskutierten 450 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, welche Chancen und Herausforderungen der Wandel hin zu einer nachhaltigeren Wirtschaft birgt. Angesichts des Klimawandels und knapper Ressourcen stellt sich die Frage nach einem zukunftsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell immer drängender. Unter dem Titel „Verantwortlich wirtschaften – nachhaltig entwickeln: Neue Wege für Volkswirtschaften?“ tauschten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über praktische Ansätze und zukunftsfähige Modelle aus. Dabei ging es vor allem um die Frage, wie sich Ressourceneffizienz, Umwelt- und Klimaschutz in Einklang mit wirtschaftlichem Wachstum und sozialer Entwicklung bringen lassen.

DEUTSCHLAND

Weltweit integriert und vernetzt

Sein 30-jähriges Bestehen nutzte das Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM), um bei einem Jubiläumsempfang einen Blick in die Zukunft der Arbeitsgemeinschaft aus GIZ und Bundesagentur für Arbeit zu werfen. Bundesminister Dirk Niebel zählte zu den Gratulanten im GIZ-Haus in Berlin. „Integrierte und Rückkehrende Fachkräfte sind für uns und unsere Partner nicht mehr wegzudenken“, betonte Niebel in seiner Rede und versprach: „CIM wird auch in der Zukunft der GIZ eine starke Rolle innehaben.“

DEUTSCHLAND

Kooperation mit der Bundeswehr

Am 7. Juni unterzeichneten der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Volker Wieker, und GIZ-Vorstandsmitglied Christoph Beier in Berlin eine Kooperationsvereinbarung. Sie regelt die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und GIZ bei friedensgestaltenden und -stabilisierenden Maßnahmen in den Partnerländern. „Mit der Vereinbarung stellen wir unsere langjährige Zusammenarbeit auf eine noch bessere und institutionalisierte Basis für eine konkrete und konstruktive Zusammenarbeit auf Durchführungsebene. Die GIZ arbeitet zunehmend in fragilen Staaten, in denen entwicklungs- und sicherheitspolitische Themen Hand in Hand gehen“, betonte Beier. Wie schon in der Vergangenheit geht es beispielsweise um das Management von Baumaßnahmen und den Betrieb von Liegenschaften. Landeskundliche Schulungen bereiten die Soldaten auf ihren Auslandseinsatz vor. Die GIZ kann im Gegenzug noch stärker die Infrastruktur der Bundeswehr nutzen.



Volker Wieker und Christoph Beier unterzeichnen die Kooperationsvereinbarung zwischen Bundeswehr und GIZ.

ASIEN

Stipendien für Asienaufenthalt

Seit mehr als 15 Jahren bietet die GIZ jungen Menschen die Möglichkeit, in einem von acht asiatischen Ländern (China, Indien, Indonesien, Japan, Malaysia, Südkorea, Taiwan oder Vietnam) ein sechsmonatiges Praktikum zu absolvieren. Für 2012 gibt es rund 50 Plätze. Sprachkurse in Deutschland und im Zielland sowie interkulturelle Seminare bereiten auf das Praktikum vor. Aus Mitteln der Heinz Nixdorf Stiftung erhalten die Teilnehmer darüber hinaus ein Stipendium zur Finanzierung ihrer Lebenshaltungskosten. Interessenten mit einer technischen oder kaufmännischen Hochschulbildung können sich online noch bis zum 30. September 2011 für das Heinz Nixdorf Programm bewerben.

CHILE

Solarstrom für Calama

Der Norden Chiles ist eine der sonnigsten Gegenden weltweit. Für die Stadt Calama hat die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zusammen mit dem Steinbeis-Transferzentrum die Dächer der Stadt daraufhin überprüft, ob sie sich für die Installation von Solarsystemen eignen. Die Ergebnisse der Messflüge mit einem 3-D-Laserscanner sind im ersten Solardachkataster Lateinamerikas niedergelegt und auf der Internetseite des chilenischen Energieministeriums (www.minenergia.cl) für alle Bürger kostenfrei zugänglich. Diese können nun entscheiden, ob sie Photovoltaik zur Stromerzeugung oder Solarthermie zur Warmwassererzeugung nutzen wollen. Die Stromversorgung aller Privathaushalte Calamas könnte schon durch die Bebauung von acht Prozent der für Solarsysteme nutzbaren Dachflächen gedeckt werden.

AFGHANISTAN

Praxisorientierte Ausbildung

Mit einer feierlichen Veranstaltung in Mazar-e Sharif wurden am 17. April die ersten 52 Absolventen der von der GIZ betriebenen Vocational Training Center (VTC) im Norden Afghanistans nach zweijähriger Ausbildung verabschiedet. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes begann der Deutsche Entwicklungsdienst – seit dem 1. Januar 2011 mit GTZ und InWEnt unter dem Dach der GIZ – 2008 mit dem Aufbau von drei Ausbildungszentren in Faizabad, Kunduz und Mazar-e Sharif. Die marktorientierten Lehreinrichtungen bieten einen stark praxisorientierten Unterricht. Mit Erfolg: Mehr als zehn der jetzt zertifizierten Kfz-Mechaniker haben bereits einen Arbeitsplatz gefunden.



In Afghanistan fehlen Fachkräfte.

👉 Aktuelle Meldungen unter www.giz.de/aktuell

STROM FÜR DEN SENEGAL

Ein Mikroenergieversorger aus Deutschland, ein senegalesisch-deutsches Entwicklungsprogramm und eine engagierte Dorfgemeinschaft im Senegal bringen Strom in das abgelegene Dorf Sine Moussa Abdou. Für ihr innovatives Betreibermodell gewinnen sie sogar internationale Preise.

Text Gabriele Rzepka



Strom sorgt jetzt auch in Sine Moussa Abdou für hell erleuchtete Straßen.



Die Experten verhandeln mit den Vertretern des Dorfes auf Augenhöhe.



Die Ausbildung von Technikern ist ein Bestandteil der Arbeit.

L eiterplatten, Kabelrollen, Steuerungen, Regler und Windmessanlagen, wohin das Auge auch blickt. Mitten im Harz, zwischen Kopfsteinpflaster, Schieferhäuschen und Fachwerk, arbeitet auf dem Gelände des Energieforschungszentrums Niedersachsen in Goslar die INENSUS GmbH. In diesen Hallen, dem Herzen des Unternehmens, dreht sich alles um Energie, vor allem Windenergie. Was für

Nico Peterschmidt, Holger Peters und Jakob Schmidt-Reindahl nach einer studentischen Arbeit über Windenergieanlagen für Entwicklungsländer zunächst eine vage Idee ist, nimmt für die drei 2005 konkrete Gestalt an: Sie gründen nach Studienabschluss ihre eigene Firma und spezialisieren sich auf Pro-

dukte und Dienstleistungen für Kleinwindanlagen. Damit erobern sie sich rasch einen Platz auf dem europäischen Markt.

ANSCHLUSS AN DIE WELT

Gleichzeitig engagiert sich die Firma von Anfang an auch für Afrika. Die drei Unternehmer arbeiten an sogenannten Inselsystemen, die nicht mit dem öffentlichen Netz verbunden sind, völlig unabhängig arbeiten und so die Energieversorgung auf dem Land gewährleisten. Nur einige Kilowatt sollen die Anlagen erzeugen, gerade genug, um abgelegene Dörfer mit elektrischer Energie zu versorgen. „Uns geht es um die Schnittstelle zwischen der Technik und einem funktionierenden Betreibermodell auf Dorfebene“, beschreibt Nico Peterschmidt die Grundidee. 2007 bietet sich INENSUS eine Gelegenheit im Senegal: Während einer vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie finanzierten und der GIZ organisierten Wirtschaftsreise knüpfen sie Kontakte zu der senegalesischen Firma Matforce, die ihre Produktpalette von Dieselgeneratoren auf erneuerbare Energien ausweiten will. »



Erstes Kraftwerk im Senegal mit Mix aus Solar- und Windenergie.



Angepasste Technik, robustes Design: die Dorfstromanlage.



Sie sind stolz, das neue Minikraftwerk mit aufzubauen.

2008 gründen INENSUS und Matforce das Gemeinschaftsunternehmen INENSUS West Africa S.A.R.L. Ländliche Elektrifizierung steht auch ganz oben auf der Prioritätenliste des Programms zur Förderung der erneuerbaren Energien und der ländlichen Elektrifizierung, das die GIZ seit 2003 im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchführt.

Was liegt also näher, als sich in einer Entwicklungspartnerschaft (PPP) zusammenzuschließen? Gesagt, getan. Die Partner wollen ihr Können zunächst in einem Modelldorf unter Beweis stellen. Es geht mit Windmessungen los; sozioökonomische Studien schließen sich an. Dann fällt die Entscheidung für das Dorf Sine Moussa Abdou im Westen des Senegals. Gerade einmal 900 Menschen leben hier, insgesamt 70 Familien. Licht spenden Kerosinlampen oder Kerzen, ein uralter Diesel treibt die Mühle an, der Schneider seine Nähmaschine mit dem Fußpedal.

Knapp drei Jahre nach Beginn der Partnerschaft geht hier 2010 ein Minikraftwerk ans Netz, das Strom aus Wind, Sonne und bei hohem Bedarf auch aus einem Dieselgenerator erzeugt. INENSUS West Africa ist der Betreiber, das Geschäftsmodell nennt sich Mikroenergiewirtschaft. Damit beginnt in Sine Moussa Abdou ein neues Zeitalter: Der Schneider macht mit seiner elektrischen Maschine sechsmal so viel Umsatz wie zuvor, die Schule schafft sich einen Computer an, einige Frauen wollen einen Dorfladen mit einem Kühlschrank eröffnen und sogar das Internet soll bald Einzug halten. Die Stromversorgung des entlegenen Dorfes ist zuverlässig und weitaus besser als in der Stadt – dort fällt fast täglich der Strom aus.

Der Anschluss an den Rest der Welt hat seinen Preis, das ist den Dorfbewohnern wohl bewusst. Denn auch Mikroenergiewirtschaft ist ein gewinnorientiertes Geschäft, wie Nico Peterschmidt betont: „Wir haben dieses Modell entwickelt und es soll zu einem unserer Hauptgeschäftsfelder werden. Unser Ziel ist es, im Senegal als Energieversorger Geld zu verdienen. Die Rendite, die wir an Investoren ausschütten, beträgt 10 bis 15 Prozent. Die wirtschaftliche Entwicklung auf Dorfebene durch die Elektrifizierung macht das möglich.“ Für Risikokapital ist die Rendite gering, im Vergleich zu derjenigen vieler europäischer Elektrizitätsversorger aber fast doppelt so hoch.

ERFOLGREICH UND PREISGEKRÖNT

Die internationale Resonanz auf das Gemeinschaftsprojekt von INENSUS und der GIZ ist beeindruckend: Es räumt im März 2011 den Innovationspreis für Klima und Umwelt in der Kategorie Technologietransfer ab, den das Bundesumweltministerium und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) verleihen. Ebenfalls erhält INENSUS den SEED Award (SEED steht für „Supporting entrepreneurs for sustainable development“), der junge Unternehmer auszeichnet, die sich für Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung engagieren. Die SEED-Initiative wurde von mehreren UN-Organisationen sowie von der International Union for Conservation of Nature (IUCN) 2002 auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg ins Leben gerufen.

Doch worin besteht eigentlich das Erfolgsrezept dieser Projektidee? Die reine Technik ist es sicher nicht! Das Geheimnis verbirgt sich hin-

ter dem Betreibermodell der Mikroenergiewirtschaft. Nicht wenige Anläufe zur Elektrifizierung armer ländlicher Regionen auf der Welt scheiterten. Die Gründe dafür sind vielfältig. Oft bauen Investoren mit hohen Subventionen. Steigt die Nachfrage nach Energie, können sie diese nicht mehr

zu dem subventionierten Strompreis bedienen. Andere Schwierigkeiten betreffen die Zahlungsmoral der Kunden oder den Diebstahl von Energie. Aus solchen Beobachtungen definiert Peterschmidt die Voraussetzungen, unter denen die Mikroenergiewirtschaft funktioniert: „Wir brechen die Energiewirtschaft auf Dorfebene herunter. Das heißt, wir müssen uns dem Wettbewerb auf Dorfniveau stellen, die Dorfbewohner müssen unser Modell wollen und sich dazu auch organisieren. Die Idee ist, die Dorfwirtschaft mit dem Zugang zu Energie anzukurbeln. Also brauchen wir auch noch eine Mikrofinanzorganisation mit im Boot. Nur unter diesen Bedingungen investieren wir.“

Das Modell der Mikroenergiewirtschaft ist bestechend. 40 Prozent der Gesamtinvestition kommt von internationalen Gebern, in diesem Fall dem BMZ-finanzierten Programm zur Förderung erneuerbarer Energien und der ländlichen Elektrifizierung. Daraus finanziert INENSUS sämtliche festen Anlagenbestandteile wie Gebäude, Strommasten, Leitungen. Deren Besitz geht auf die Dorfgemeinschaft über. Die anderen 60 Prozent bezahlt ein Investor, in Sine Moussa Abdou INENSUS, und dem gehören die beweglichen Komponenten wie Solarpanels, Windrad oder Batterien. Bevor es überhaupt losgeht, gründen die Dorfbewohner ein Dorfstromkomitee. „Wir begegnen den Dorfbewohnern auf Augenhöhe“, beschreibt Peterschmidt die Geschäftsbeziehung. Mit dem Energiekomitee verhandelt INENSUS und bildet einen der Dorfbewohner als Elektriker aus, der den Netzbetrieb sicherstellt. Am Ende der Verhandlungen steht ein Vertrag zwischen Dorfkomitee und INENSUS über den Strompreis und die zu liefernde Energiemenge. Der läuft immer über sechs Monate. Danach können sich die Bewoh-

ner für einen anderen Betreiber entscheiden oder den Vertrag neu verhandeln.

Ein Erfolgsfaktor des Modells ist die Planungssicherheit sowohl für den Betreiber als auch die Energiekonsumenten. Sechs Monate lang wissen beide Partner, wer wie viel Strom benötigt und auch bezahlt. Jede Familie legt sich fest, welche Energiemenge sie pro Woche verbrauchen möchte, und lädt ein entsprechendes Guthaben auf eine Prepaidkarte auf. Ist für ein besonderes Ereignis mehr Strom gefragt, dann kauft sie Sonderstrom, sogenannte Extraenergie. Die ist teurer, denn sie kommt von Dieselgeneratoren und nicht aus erneuerbaren Energien. Auch Stromklau ist in Sine Moussa Abdou kein Problem. Dafür sorgt das Herz der Anlagentechnik der Goslarer – der sogenannte Smart Meter. Dieser zwei Handteller große Kasten prüft die Prepaidkarten von immer drei Haushalten, ist verplombt und hat einen transparenten Deckel. Macht sich daran jemand zu schaffen, stiehlt er den Strom seiner Nachbarn und das fällt sofort auf.

MARKTGETRIEBEN UND NACHHALTIG

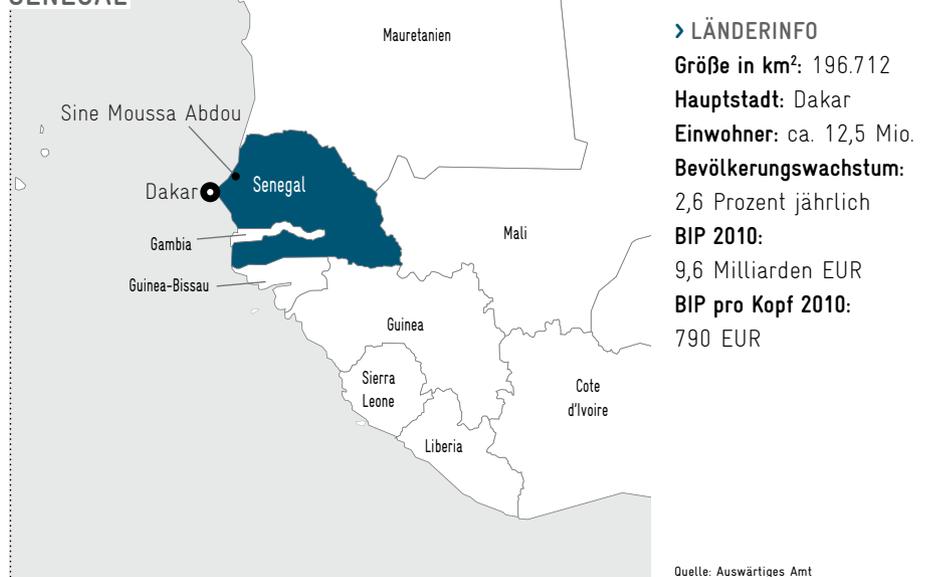
Das Geschäftsmodell findet immer mehr Zulauf. Vom niederländischen Daey Ouwens Fund haben die drei Unternehmer öffentliche Mittel zugesagt bekommen, um 30 weitere Dörfer mit insgesamt 30.000 Einwohnern zu elektrifizieren. Dafür nehmen die drei einen zusätzlichen Kredit von der niederländischen Entwicklungsbank auf, um die Privatinvestitionen – eben die beweglichen Komponenten der Minikraftwerke – zu finanzieren. Es interessieren sich nicht nur internationale Geber für die Idee, sondern immer mehr Privatinvestoren. Peterschmidt ist voller Zuversicht: „Wir müssen unser Gesamtpaket günstig anbieten und dazu müssen wir es oft verkaufen. Die Margen halten wir gering, denn es ist uns wohl bewusst, dass die Bewohner in den Dörfern unsere Gewinne bezahlen müssen. Dennoch ist unser Modell privatwirtschaftlich und marktgetrieben und genau deshalb nachhaltig!“ ■

ANSPRECHPARTNER

Jörg Michael Baur > joerg.baur@giz.de

www.inensus.de

SENEGAL



> LÄNDERINFO

Größe in km²: 196.712

Hauptstadt: Dakar

Einwohner: ca. 12,5 Mio.

Bevölkerungswachstum:

2,6 Prozent jährlich

BIP 2010:

9,6 Milliarden EUR

BIP pro Kopf 2010:

790 EUR

Quelle: Auswärtiges Amt

AUF EINEN BLICK

- Förderung erneuerbarer Energien und ländlicher Elektrifizierung
- **Auftraggeber:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- **Partner:** Energieministerium Senegal
- **Laufzeit:** 2004 bis 2016

Das Programm unterstützt die senegalesische Regierung und lokale Unternehmen bei der ländlichen Elektrifizierung von 265 abgelegenen Dörfern mit insgesamt rund 90.000 Einwohnern. Dazu wird in erster Linie Solarenergie eingesetzt, teilweise unterstützt durch einen Dieselgenerator. Die Generaldirektion für internationale Kooperation des niederländischen Außenministeriums stellt dem Programm dafür ebenfalls Geld zur Verfügung. Nur wenn die Dorfgemeinschaften sich selbst organisieren und mindestens eine öffentliche Einrichtung wie eine Schule, eine Gesundheitsstation oder Ähnliches haben, kommen sie als Projektpartner infrage. In den Dörfern leben jeweils zwischen 100 und 700 Menschen und sie liegen weitab vom Mittelspannungsnetz.

Senegalesische Firmen erhalten von der Regierung eine Konzession, mit der sie sich verpflichten, ein Dorf für 15 Jahre mit Energie zu versorgen. Im Gegenzug dürfen sie Gebühren für ihre Dienstleistung erheben, die die Regulierungsbehörde des Senegal festlegt. INENSUS West Africa erhielt die Konzession, baute in einer Entwicklungspartnerschaft (PPP) mit dem deutschen Energieprogramm das Mini-Wind-Hybrid-Kraftwerk in Sine Moussa Abdou und führte dort ein Mikroenergiewirtschaftsmodell ein.

Weiterer Programmschwerpunkt ist die nachhaltige Versorgung der Haushalte mit Brennstoff, um der zunehmenden Entwaldung zu begegnen. Außerdem berät das Programm die senegalesische Regierung bei Energiethemen wie der Einspeiseverordnung für erneuerbare Energien.

www.giz.de/senegal

www.peracod.sn





STADT & LAND

THEMEN DIESES
SCHWERPUNKTS

IM FOKUS: Stadt und Land profitieren von Entwicklungsansätzen, die Besonderheiten und Gemeinsamkeiten beider Lebensräume im Blick haben.

IM ÜBERBLICK: Projektbeispiele aus der Arbeit der GIZ

IM INTERVIEW: Raphaël Goulet von der Europäischen Kommission

IN ZAHLEN: Wissenswertes zu Stadt und Land



› LEBENSMITTEL

Märkte und Geschäfte in Städten bieten eine kaum überschaubare Vielfalt an Lebensmitteln – doch kaum etwas davon kommt aus den Städten selbst. Für ihre Ernährung sind Städter auf das Land angewiesen. Zwar gewinnt urbane Landwirtschaft immer mehr Anhänger – den Nahrungsmittelbedarf der Städter wird sie allerdings nicht decken können.



Ländliche und urbane Räume entwickeln

Stadt und Land sind auf vielfältige und komplexe Weise miteinander verbunden. Entwicklung funktioniert dort am besten, wo Planer die Bevölkerung einbinden und ihre Konzepte regional anlegen.

Text Michael Netzhammer Illustrationen Sabine Schiemann

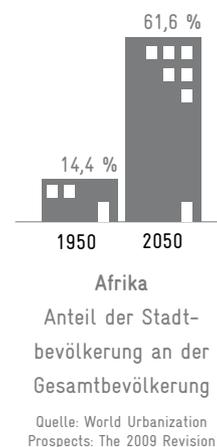
Urbanität ist schick. Sie gilt als die bestimmende Lebensform von morgen. Dafür spricht der mediale Hype um Metropolen und Megacities. Inzwischen leben fast sechs von zehn Erdbewohnern in der Stadt. Ihr Anteil wächst gerade in den Entwicklungs- und Schwellenländern rasant. Die Städte des Südens werden bis 2030 fast das gesamte Bevölkerungswachstum auffangen müssen. Mit dieser Entwicklung verbinden viele Experten zahlreiche Chancen, sei es, die Armut zu reduzieren oder das Klima zu schützen. Städte gelten als Motoren der wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklung. In ihnen bündeln sich Wissen, Kapital und Macht. São Paulo ist dafür ein gutes Beispiel. Jeder zehnte Brasilianer lebt in der Metropole. Die Stadt erwirtschaftete 2008 rund ein Drittel des nationalen Bruttosozialprodukts und verbrauchte etwa 70 Prozent der landesweit benötigten Energie. Den Chancen stehen Herausforderungen gegenüber. Mit den Einwohnern wächst die Zahl der prekär lebenden Menschen in den Ballungszentren. Laut UN hausen rund 1,2 Milliarden in armseligen Hütten. Häufig wohnen sie in Vierteln ohne Wasseranschluss und Elektrizität, ohne Zugang zu Bildung, Gesundheit und Arbeit.

Die Entwicklung in den Städten hat auch Auswirkungen auf ländliche Regionen. Man muss nicht so weit gehen wie die ehemalige geschäftsführende Direktorin des Siedlungsprogramms der Vereinten Nationen UN-HABITAT, Anna Tibaijuka, nach der „die Zukunft einer jeden Nation

dieser Erde ganz bestimmt in der Stadt liegt“. Doch die wachsende Bedeutung der urbanen Metropolen verschiebt auch das politische Gewicht zu ihren Gunsten. Allerdings verbrauchen die wachsenden Städte auch jene Güter, die auf dem Land produziert werden. Die urbane Entwicklung muss also – allen Unkenrufen zum Trotz – nicht nachteilig für die ländlichen Entwicklungsräume sein. Im Gegenteil: Mit der Stadt wird auch das Land wichtiger. Denn die ländlichen Räume versorgen die Stadtbevölkerung mit Lebensmitteln, Trinkwasser, Energie und sauberer Luft. Und sie stellen das Reservoir für Arbeitskräfte, ohne die nachhaltiges Wachstum nicht möglich ist. Und schließlich sind es die ländlichen Regionen, in denen die Städter Erholung und Ruhe suchen.

Komplexe Beziehungen

Den vielfältigen und komplexen Interaktionen zwischen Stadt und Land wurde früher wenig Bedeutung beigemessen. Die Entwicklung von ländlichen und urbanen Räumen wurde in Gegensätzen gedacht. Diese künstliche Trennung gilt es zu überwinden. Heute rücken die Verflechtungen und das Zusammenspiel stärker in den Vordergrund. Es geht darum, die unterschiedlichen Potenziale der jeweiligen Lebensräume zu fördern. Regionale Entwicklung kann und soll das Scharnier zwischen Stadt und Land bilden. Ob solche Scharniere – um im Bild zu bleiben – klemmen, ausreißen oder »



auspendeln, das hängt davon ab, wie Regionalentwicklung politisch und gesellschaftlich eingebettet ist.

Wer aber Entwicklung regional und übergreifend versteht, hat automatisch das große Ganze im Blickfeld und kann ob der vielen Akteure sowie der komplexen Abhängigkeiten und Interessen nicht mehr den einen Masterplan von oben entwerfen. Administrative Planung muss künftig Zivilgesellschaft und Unternehmen in Entscheidungsprozesse einbinden. Weil es zu viele Akteure und unterschiedliche Interessen gibt. Weil der Staat weder über die finanziellen Mittel noch die Expertise verfügt, diese Prozesse alleine zu finanzieren und zu bestimmen. Und weil Unternehmer und Bürger nicht nur Ideen formulieren, sondern auch mitentscheiden wollen.

Erfahrung aus Europa

Der Staat muss seine Rolle neu definieren. Neue Ansätze verändern jedoch auch das Machtgefüge zwischen Kommunen, Provinzen und nationaler Ebene, rütteln also an Zuständigkeiten und sind entsprechend sensibel. Dies gilt für ländliche und urbane Räume gleichermaßen. Vielen Entwicklungs- und Schwellenländern fehlen für solche Entwicklungsprozesse sowohl das Geld als auch das Know-how. Dieses Wissen ist jedoch in Europa ausreichend vorhanden. Für Dezentralisierung und Finanzausgleich steht beispielsweise der deutsche Föderalismus. Nirgendwo in Europa haben außerdem die Kommunen so viel zu sagen. Die Mitglieder der Europäischen Union wiederum sind ständig dabei, ihre Interessen auszuhandeln und Kompromisse zu schließen. Dadurch sind reichhaltige planerische Werkzeuge entstanden, an denen Entwicklungs- und Schwellenländer heute partizipieren können. Deutschland und die EU jedenfalls unterstützen den Süden sowohl finanziell als auch technisch bei der Entwicklung ihrer ländlichen und urbanen Räume.

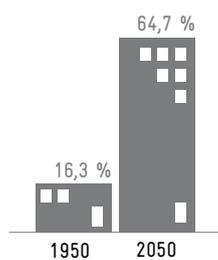
Die Bundesregierung setzt dabei drei Schwerpunkte: Sie fördert die ländliche Entwicklung, konzentriert sich bei der Stadtentwicklung auf kleine und mittlere Städte – in Asien mitunter mit mehreren Millionen Einwohnern – und betreibt Regionalentwicklung, wozu auch die Förderung von Metropolregionen zählt, die vielfältige funktionale Verflechtungen über kommunale Grenzen hinweg aufweisen. Ziel ist ein behutsamer Interessenausgleich, der Armut reduziert, Teilhabe der Bürger ermöglicht und den Wohlstand fördert. Ausführende Institutionen sind zum einen die KfW Entwicklungsbank und zum anderen die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit. Die GIZ wird in diesen Feldern aber auch für internationale Auftraggeber aktiv, zum Beispiel die Europäische Union sowie Regierungen von Ländern, die urbane und ländliche Entwicklung fördern.

Um die einzelnen Politikfelder zu beleuchten, muss man diese zuerst definieren. Wie also unterscheiden sich urbane und ländliche Räume? Zwar beginnen in vielen Regionen der Welt die Grenzen zwischen Stadt und Land zu verschwimmen, dennoch gibt es nach wie vor typische Merkmale, nach deren Ausprägung man städtische und ländliche Räume unterscheidet. Die jeweiligen Regionen bringen unterschiedliche Chancen und Herausforderungen mit sich. Die Bedeutung urbaner Zentren liegt in der Konzentration von Wirtschaft, Finanzen, Handel, Dienstleistungen und Arbeitskräften, die starke Wachstumsimpulse setzen. Städte sind darüber hinaus kulturelle Zentren und Multiplikatoren für den sozialen Wandel. Zudem ist es in Städten sehr viel einfacher, die Menschen mit Wasser, Strom und modernen Kommunikationsmitteln zu versorgen. Die urbanen Zentren verfügen statistisch über die effizientere Infrastruktur und die kürzesten Wege zu den internationalen und nationalen Märkten. Die Globalisierung verstärkt diese ökonomischen Konzentrationsprozesse. Auch kleine und mittelgroße Städte in ländlichen Regionen übernehmen wichtige Funktionen. Sie sind, wenn auch in kleinerem Maßstab, Finanzplatz und Markt für Produkte, Dienstleistungen und Arbeit; hier sitzen lokale und regionale Behörden, weiterführende Schulen und Gesundheitszentren sowie die Gerichtsbarkeit.

Chancen für ländliche Regionen steigen

Ländliche Regionen werden klassischerweise durch die Land- und Forstwirtschaft ausgeprägt und – wo es sie gibt – durch den Abbau von Rohstoffen. Im weitesten Sinne gehört auch die Energiegewinnung, zum Beispiel durch Wasserkraftwerke, dazu. Oft gelten ländliche Regionen als rückständig und wirtschaftlich abgekoppelt. Das ändert sich gerade, denn die Entwicklungschancen für ländliche Territorien werden immer besser. Das Bevölkerungswachstum zum einen, der wachsende Wohlstand zum anderen erhöhen die Nachfrage nach Lebensmitteln und Energie. Auch der Klimaschutz eröffnet neue wirtschaftliche Möglichkeiten. Beispiel Waldwirtschaft: Da Entwaldung und Waldschädigung 15 Prozent der weltweiten Treibhausgase verursachen, könnten Waldbesitzer bald dafür honoriert werden, dass sie Bäume stehen lassen, anstatt sie abzuholzen. Das sieht zumindest der sogenannte REDD-Mechanismus (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) vor, der 2012 Teil des Kyoto-Anschlussprotokolls der Vereinten Nationen werden könnte.

Wie Landwirtschaft und Stadt zum beiderseitigen Interesse kooperieren können, zeigt das Beispiel der Stadt München. Im Einzugsgebiet der Wassergewinnung fördern die Stadtwerke Bauern, die auf eine schonende Landwirt- »

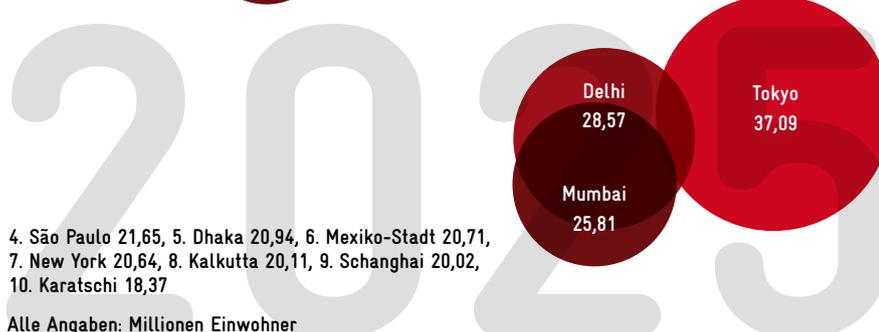
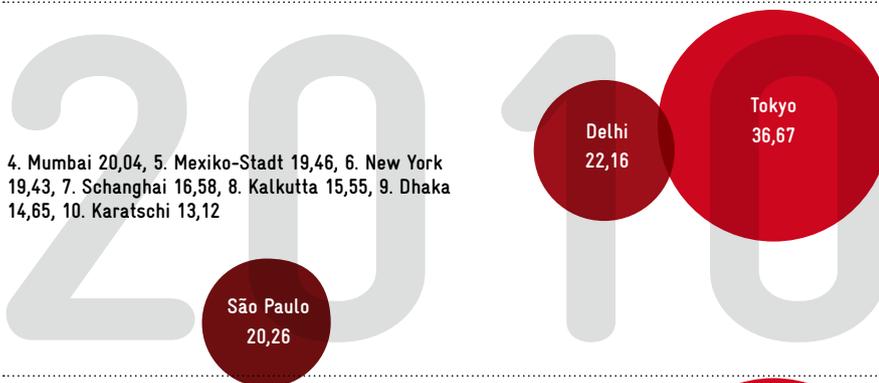


Asien
Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung

Quelle: World Urbanization Prospects: The 2009 Revision

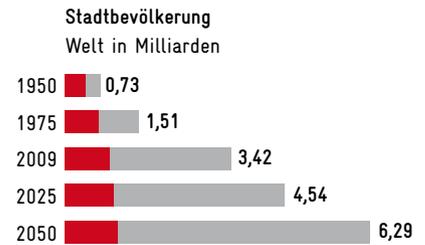
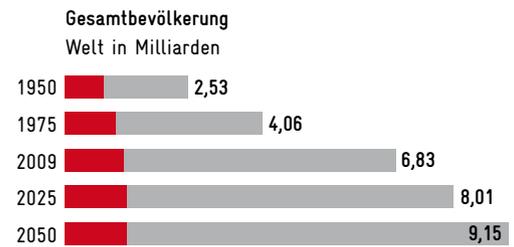
DIE GRÖSSTEN STÄDTE DER WELT

Das Wachstum der sogenannten Megastädte kennt nur eine Richtung: nach oben. Gab es 1950 lediglich zwei Städte weltweit mit mehr als 10 Millionen Einwohnern, so waren es 2010 schon 21. Die meisten von ihnen befinden sich in Entwicklungs- und Schwellenländern, vor allem in Asien. Dieser Trend wird sich in Zukunft noch verstärken.



BEVÖLKERUNG IN STADT UND LAND

Bis 2050 wird die Weltbevölkerung auf über neun Milliarden Menschen anwachsen. Diesen Zuwachs werden fast ausschließlich die Städte auffangen – Forscher gehen davon aus, dass die Zahl der Städter weiter stark ansteigt, während die Zahl der Landbevölkerung 2025 ein Maximum erreicht und dann wieder sinkt. In den stärker entwickelten Ländern sinkt der Anteil der Landbevölkerung bereits seit 1950 kontinuierlich.



- Europa, Nordamerika, Australien, Neuseeland sowie Japan
- Afrika, Asien außer Japan, Lateinamerika und die Karibik sowie Melanesien, Mikronesien und Polynesien

QUELLE: UNITED NATIONS, DEPARTMENT OF ECONOMIC AND SOCIAL AFFAIRS, POPULATION DIVISION: WORLD URBANIZATION PROSPECTS, THE 2009 REVISION. NEW YORK, 2010

schaft und artgerechte Tierhaltung umstellen. Die Bauern erhalten zum einen Ausgleichszahlungen, zum anderen aber unterstützen die Stadtwerke die Bauern bei der Vermarktung ihrer Produkte. Durch den Wasserschutz ist, so die Stadtwerke, „das größte zusammenhängend ökologisch bewirtschaftete Gebiet in ganz Deutschland entstanden“. Einen ähnlichen Ausgleich verfolgt die GIZ im Rahmen eines Projektes, das sie im Auftrag des BMZ in Ecuador durchführt. Dort verzichten Bauern auf die Bewirtschaftung sensibler Hochlagen und erhalten dafür in tieferen Lagen zusätzliche Weiderechte. Der steigende Energiebedarf in den meisten Entwicklungs- und Schwellenländern eröffnet weitere Chancen. Um Biomasse, Sonne, Wind und Wasser stärken zu nutzen, investieren staatliche und private Initiativen viel Geld in ländliche Regionen. Dass der Wert des Landes steigt, kann man auch an der weltweit steigenden Nachfrage sehen. Inzwischen kaufen staatliche und private Investoren Land vor allem in Afrika, um darauf Lebensmittel anzubauen.

Die neuen Chancen bergen auch Risiken

Ob diese neuen Geschäftsideen den Menschen im ländlichen Raum Vorteile bringen oder ihre soziale Lage verschlechtern, hängt entscheidend von den Rahmenbedingungen ab. Ein Windpark beispielsweise schafft Arbeitsplätze während der Bauphase, in der Betriebsphase jedoch braucht er nur noch eine Handvoll Wartungs- und Sicherheitspersonal. Es kommt also darauf an, dass die Region und ihre Menschen zum Beispiel über Steuern vom Mehrwert profitieren. Sonst stimuliert ein Windpark keine regionale Entwicklung. Das gleiche gilt für den Kauf oder die Verpachtung riesiger Ländereien. Im schlimmsten Falle werden Kleinbauern von ihrem angestammten, aber nicht beurkundeten Land vertrieben beziehungsweise müssen sich als Tagelöhner verdingen. Auf der anderen Seite können die Investitionen auch einen Entwicklungsschub auslösen. Wie lassen sich diese Chancen nutzen, die Gefahren jedoch minimieren? Zum Beispiel durch Geschäftsmodelle, in denen Investoren die Kleinbauern einbinden, fortbilden und am Gewinn beteiligen. Wie solche Modelle funktionieren können, zeigt die GIZ in zahlreichen Entwicklungspartnerschaften mit der Wirtschaft.

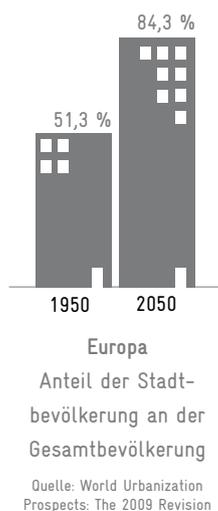
Ob Investoren sich freilich auf solche Modelle einlassen werden, hängt von der staatlichen Rahmensetzung ab. Solche Regeln für den Verkauf und die Verpachtung von Land will die FAO international verankern und wird in diesem Prozess von BMZ und GIZ unterstützt. Deutschland drängt darauf, dass in ihnen die Einhaltung der Menschenrechte festgeschrieben, dass informelle und traditionelle Landrechte respektiert werden. Werden die Investoren auf solche

Regeln verpflichtet, können deren Investitionen eine Region nachhaltig fördern und die Einkommen vieler Bewohner erhöhen. Andernfalls könnten sich die Landflucht erhöhen und die Probleme der Städte potenzieren.

An kaum einem anderen Phänomen kann man die Interaktion zwischen urbanen Zentren und ländlichen Regionen besser illustrieren als an der Migration. „Allein in China wandern bis zu 200 Millionen Migranten zwischen Stadt und Land“, sagt Harald Sterly von der Universität Köln, der im Rahmen des Forschungsprojekts Megacities-Megachallenge unter anderem zur Migration in Bangladesch und China forscht. Das bringt gerade für Städteplaner große Herausforderungen mit sich, ist aus zwei Gründen aber auch sehr vorteilhaft für die Gesellschaft. Erstens ist Migration selten reine Flucht. Vielmehr senden viele Familien bewusst einige Mitglieder in die Städte und diversifizieren damit ihr Einkommen. Ein Teil ihrer Einkünfte in der Stadt fließt aufs Land zurück, sichert das Überleben der Familie. Darüber hinaus erlaubt es den Familien, in Bildung, Land und eigene Betriebe zu investieren. Die transferierten Summen sind gewaltig. Allein die ins Ausland ausgewanderten Migranten überweisen laut Weltbank jedes Jahr rund 225 Milliarden Euro. Zweitens überweisen die Migranten nicht nur Geld, sondern transferieren auch neue Geschäftsideen oder effizientere Arbeitsmethoden. Und viele kehren auch wieder zurück. Durch ihre Wanderung einerseits und ihre Transaktionen andererseits betreiben Migranten einen informellen Finanzausgleich zwischen Stadt und Land, zwischen armen und reichen Regionen. Es ist eine Entwicklungspolitik von unten.

Auf Veränderungen schlecht vorbereitet

„Und es ist eine Abstimmung mit den Füßen“, sagt Michael Funcke-Bartz, Abteilungsleiter Nachhaltige Technologie, Industrie- und Stadtentwicklung bei der GIZ und verantwortlich für ein EU-Programm, in dessen Rahmen hochrangige Regionalplaner aus China und der Ukraine zu Fachstudienreisen nach Europa eingeladen werden (vgl. Kasten auf Seite 18 und Interview, Seite 21). Diese Abstimmung kann nur beeinflussen, wer aktiv gegen Defizite in den verschiedenen Regionen angeht, die eine Ursache der Binnenmigration sind. Viele Regierungen haben den Ausgleich von Entwicklungsgefallen deshalb zum politischen Ziel erklärt. Allerdings ist der administrative Unterbau dafür unzureichend vorbereitet. Das gilt für alle Herausforderungen in den ländlichen und urbanen Regionen, sei es die Versorgung der Slum-Bewohner mit Wasser, die Schaffung regionaler Märkte, die Aufbereitung von Abwässern oder die Ausbildung von Verwaltungsbeamten. Die Administration vieler Länder ist auf die »





› ENERGIE

Gebäude haben mit den größten Anteil am weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen. In jüngeren Städten beanspruchen sie 50 Prozent des Energieverbrauchs, in älteren Städten liegt der Wert sogar bei bis zu 70 Prozent. Die verbrauchte Energie wird zum Großteil auf dem Land erzeugt. Saubere, erneuerbare Energie lässt sich per Photovoltaik zwar auch in der Stadt gewinnen – große Wasserkraftwerke oder Windparks befinden sich aber abseits der großen Metropolen.



Veränderungsprozesse nur schlecht vorbereitet – sowohl auf der Verwaltungs- als auch auf der Planungsebene. Zudem sind die Zuständigkeiten zwischen nationalen, regionalen und kommunalen Behörden ungenau, arbeiten die unterschiedlichen Ministerien, zum Beispiel jene, die für die städtische und die ländliche Raumplanung zuständig sind, selten zusammen. Oftmals fehlt es am Nötigsten. Selbst in Städten mit 200.000 Einwohnern existieren keine Stadtpläne. Schlimmer: „Die Stadtverwaltungen wissen teilweise nicht, wo die Wasserleitungen verlaufen, weil sie davon keine Pläne haben“, sagt Alexander Jachnow von der GIZ in Bangladesch. Er arbeitet in einem vom BMZ beauftragten Projekt daran, Infrastruktur und städtische Regierungsführung in 35 kleinen und mittleren Städten zu verbessern. Selbst in mittelgroßen Städten mit einer Viertelmillion Einwohnern gebe es keinen einzigen Stadtplaner, sagt Jachnow. „Wir arbeiten hier an den Basics.“ Es fehlen qualifizierte Mitarbeiter auf allen Ebenen, weshalb die GIZ in vielen Ländern Fachleute ausbildet und Curricula entwickelt. Die Effizienz der Verwaltungen leidet häufig unter einer hohen Fluktuation ihrer Mitarbeiter. So wechselt in vielen Ländern nach einer Wahl nicht wie in

Deutschland nur die Führungsebene einer Verwaltung oder eines Ministeriums. Vielmehr wird dann auch das gesamte technische Personal durch Vertrauensleute ersetzt. Mühselig erlerntes Wissen verschwindet. Die Behörde fängt im Extremfall wieder bei null an.

Neben Expertise mangelt es zuweilen an einer vorausschauenden Planungsphilosophie. Beispiel wachsende Stadt: Werden die Flächen für Wohnungen, Unternehmen und Geschäfte rechtzeitig ausgewiesen, ist die Planung der Infrastruktur relativ leicht und kostengünstig. Viele Länder reagieren dagegen nur. „Eine Planung im Nachhinein schafft jedoch riesige Probleme. Die Kosten wachsen exponentiell“, sagt Jörg Haas, Programmleiter der GIZ in Indonesien im Projekt „Dezentralisierung als Beitrag zur guten Regierungsführung“, das das BMZ finanziert. Eine vorausschauende Planung setzt allerdings auch eine Vision von der Region der Zukunft voraus. Wie soll die Stadt in zwanzig Jahren aussehen? Wie soll man die Ressourcen der Region entwickeln und wer soll dabei eingebunden werden? Fragen, die Regionen rund um den Globus beschäftigen. Weil das Wissen darüber fehlt, ist es wichtig, dass Städte sich über ihre Erfah-

AUS DER ARBEIT DER GIZ > STADT & LAND

>EUROPA

Regionalplaner aus China



Projekt: Informationsreisen für hochrangige Regionalplaner
Auftraggeber: Europäische Union (EU), Generaldirektion Regionalpolitik
Laufzeit: 2011

Die EU-Kommission hat die GIZ mit der Durchführung von insgesamt vier Studienreisen für hochrangige Beamte aus China und der Ukraine betraut, die für Regionalplanung zuständig sind. Die Teilnehmer lernen unterschiedliche Strategien und Förderinstrumente der Regionalentwicklung kennen, treten in Dialog mit Verantwortlichen aus dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft. Die erste Studienreise wurde 2011 für eine chinesische Delegation zusammen mit der Stadt Trier durchgeführt. Diese besuchte unter anderem Trier, Aachen, Brüssel und Prag. Eine Informationsreise für ukrainische Regierungsbeamte befasste sich mit grenzüberschreitender Kooperation.

>INDONESIEN

Standards setzen - Kohärenz schaffen

Projekt: Dezentralisierung als Beitrag zur guten Regierungsführung
Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Partner: Indonesisches Innenministerium, Finanzministerium, Verwaltungsreformministerium, Nationale Planungsagentur
Laufzeit: Januar 2010 bis Dezember 2012

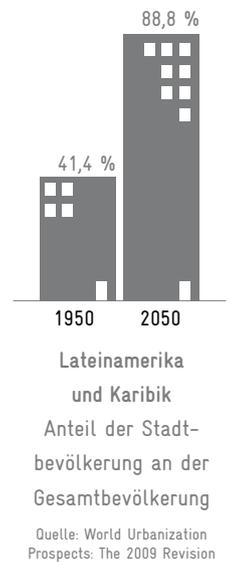
Die seit 1999 in Indonesien eingeleitete Dezentralisierungspolitik weist den kommunalen Gebietskörperschaften umfassende Zuständigkeiten für die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen zu. Jedoch entspricht das Handeln der öffentlichen Verwaltungen bislang noch nicht im erforderlichen Maße den festgesetzten Qualitätsstandards und Kriterien der guten Regierungsführung. Das Programm leistet einen Beitrag dazu, dass subnationale Gebietskörperschaften Prinzipien einer guten Regierungsführung bei der Erbringung ihnen obliegender öffentlicher Dienstleistungen erfüllen sowie Verwaltungs- und Finanzstandards einhalten. Es berät dazu die indonesischen Partner auf nationaler, Provinz- und kommunaler Ebene bei der Formulierung kohärenter nationaler Dezentralisierungsansätze und deren Umsetzung.

rungen austauschen. Dabei hilft ihnen zum Beispiel die Cities Alliance. Diese internationale Allianz zwischen nationalen, multilateralen und privaten Gebern sowie Nichtregierungsorganisationen sucht nach nachhaltigen Lösungen, wie Städte ihr Wachstum steuern, Armut reduzieren und Slums zu lebenswerten Stadtteilen entwickeln können. Auch Deutschland engagiert sich mit dem BMZ, der KfW und der GIZ in dieser Allianz.

Natürlich fehlt es an finanziellen Spielräumen. Viele Städte und Kommunen sind stark verschuldet, zum Beispiel in Bangladesch. „Einige Städte bezahlen weder ihre Telefon- noch ihre Stromrechnungen bei den öffentlichen und privaten Versorgern“, weiß Alexander Jachnow. Für Investitionen ist kaum Geld da. Auch weil die Zentralregierung den Kommunen nur wenige Mittel zuweist. „Diese reichen gerade mal aus, die Mitarbeiter zu bezahlen, nicht aber, um wichtige Investitionen zu tätigen“, so Jachnow. Deshalb müssen Städte und Kommunen selbst über Steuern und Lizenzen mehr Einnahmen generieren. Doch viele Bürgermeister zögern aus wahltaktischen Überlegungen oder befreien Freunde und Bekannte von den Abgaben. „Die Einnahmen vieler Städte

in Bangladesch könnten um bis zu 70 Prozent höher ausfallen“, sagt Jachnow. Der Spielraum für wichtige Investitionen wäre damit aber noch immer nicht geschaffen.

Selbst in Ländern wie Indien oder Indonesien, die dank ihrer wirtschaftlichen Lage über sprudelnde Steuereinnahmen verfügen, steht den urbanen und ländlichen Administrationen nicht genügend Geld zur Verfügung. Für die staatlichen Stellen gibt es nur einen Weg aus dem Dilemma, glaubt Jörg Haas: „Staaten werden künftig noch stärker als bisher private Geldgeber für ihre Investitionen finden müssen. Das aber gelingt ihnen nur, wenn sie der privaten Seite auch Einfluss und Mitbestimmung zusichern.“ Die Beteiligung der Bürger ist für viele Behörden und Ministerien jedoch neu. Nach wie vor herrscht die Vorstellung, sie als administrativer Arm seien allein für die Planung zuständig. Doch diese Denkweise stößt an Grenzen, wenn es um komplexe Projekte geht, bei denen viele Interessen zu berücksichtigen und die Rahmenbedingungen dynamisch sind. Es gibt mehrere Ebenen, auf denen die Partizipation der Bürger entwickelt werden muss. Zum einen auf der formellen Ebene, indem zum Beispiel die Zentralregierung Kompetenzen an die Provinzen »



›BANGLADESCH

Verbesserung der Infrastruktur



Projekt: Gute Regierungsführung im städtischen Bereich
Auftraggeber: BMZ
Partner: Ministerium für Lokale Regierungsführung und Ländliche Entwicklung
Laufzeit: 2007 bis 2012

Anhaltende Land-Stadt-Wanderung sorgt für zunehmende Verstädterung. Die Verwaltungen der urbanen Zentren können aber oft noch nicht einmal grundlegende Dienstleistungen erbringen, mit entsprechenden Folgen – vor allem für die ärmsten Bewohner. Das Projekt verbessert die öffentliche Infrastruktur in den Städten und etabliert Prinzipien und Mechanismen guter Regierungsführung in den Verwaltungen, darunter öffentliche Planung mit Beteiligung der Bürger. Ziele sind mehr Transparenz und Effizienz, damit der öffentliche Sektor in den Augen der Menschen wieder an Ansehen und Legitimität gewinnt.

›EL SALVADOR

Bürgerbeteiligung im Fokus

Projekt: Beratung bei der Gemeindeförderung und Dezentralisierung
Auftraggeber: BMZ
Partner: Sozialfonds für Lokale Entwicklung (Fondo de Inversión Social para el Desarrollo Local – FISDL)
Laufzeit: 1995 bis 2011

Ausgeprägte regionale und sozioökonomische Entwicklungsunterschiede kennzeichnen El Salvador. Um dies nachhaltig zu verändern, sind die Aufgabenverteilung zwischen der Zentralregierung und den Kommunen zu klären und effektive Koordinationsmechanismen zwischen Vertretern des öffentlichen Sektors, der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft zu schaffen. Ziel ist, dass die Gemeinden die lokale und regionale Entwicklung effektiv steuern können. Das Programm umfasst Beratung zu strukturpolitischen Reformen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene zur Dezentralisierung. Die Kommunen werden bei der Stärkung partizipativer Entwicklungsplanung und transparenten Verwaltungshandelns unterstützt sowie unter anderem zu Jugendpolitik, Geschlechtergerechtigkeit, Abfallmanagement und Wirtschaftsförderung beraten.



› MIGRATION

Meist verlassen Menschen das Land, weil sie dort keine Perspektive mehr für sich und ihre Familien sehen. In den Städten wiederum gibt es einen großen Bedarf an billigen Arbeitskräften. Diese Entwicklung ist aber nicht nur negativ: Migranten schicken Geld nach Hause oder engagieren sich für ihre Herkunftsregion. Und viele kehren irgendwann zurück und bringen ihr in der Stadt erworbenes Know-how zurück in ihre Heimat.

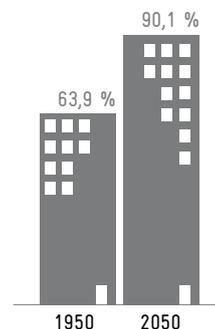


und die Kommunen abgibt; oder informell, wenn zum Beispiel Kommunen die Bürger befragen oder sich mit Bürgern, Unternehmerinnen und den Vertreterinnen gesellschaftlicher Organisationen zusammensetzen.

Da viele Staaten noch sehr zentral regiert werden, kann die Dezentralisierung ein wichtiger Schritt sein, die Regionen und mit ihnen die kommunale Selbstverwaltung zu stärken. Welche Vorteile und Herausforderungen eine Dezentralisierung bringen kann, zeigt das Beispiel Indonesien. Als in den 1990er Jahren einige Regionen mehr Rechte bis hin zur Autonomie einforderten, beschloss die Regierung eine stärkere Dezentralisierung. Inzwischen erhalten die Kommunen 30 Prozent der indonesischen Steuereinnahmen, außerdem zweckgebundene Zuweisungen zum Beispiel für Bildung. Noch aber existieren Widersprüche zwischen den Dezentralisierungsgesetzen und anderen Gesetzen. Die Rollen zwischen Provinz- und Kommunalebene sind nicht genau definiert. Darüber hinaus wachsen mit den finanziellen Mitteln auch die Probleme mit Korruption. Mit der Dezentralisierung allein ist es also nicht getan, sondern mit der Mittelvergabe muss auch eine kommunale Aufsicht einhergehen, die zum Beispiel genaue

Regeln und Mindeststandards für Verwaltungen fest schreibt. Und es muss ein Prozess in Gang gesetzt werden, bei dem sich die einzelnen Kommunen Kompetenz in Sachfragen aneignen und sich dabei gegenseitig helfen. „Als Antwort auf diese Defizite der Dezentralisierung stärkt die indonesische Regierung nun wieder die mittlere Verwaltungsebene der Provinzen“, sagt Jörg Haas, der im Auftrag der GIZ den indonesischen Dezentralisierungsprozess begleitet.

Nicht nur als Verwaltungseinheit bekommen Regionen im Zuge der Globalisierung eine größere Bedeutung. Denn die weltweite Zusammenarbeit schürt nicht nur die Konkurrenz zwischen ökonomischen Regionen, der Nationalstaat verliert auch an seiner politischen und sinnstiftenden Funktion. Diese Identität müssen in zunehmendem Maße die Regionen geben – als wirtschaftliche, politische und eben auch Orientierung gebende Einheit. Dadurch verstärkt sich die Scharnierfunktion der Regionen zwischen Kommune und Zentralstaat. Damit sie diese Funktion wahrnehmen können, müssen mehrere Bedingungen erfüllt sein. So ist eine erfolgreiche Regionalentwicklung nur möglich, wenn die Verwaltungsebenen effektiv zusammenarbeiten. Dazu gehört »



Nordamerika
Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung

Quelle: World Urbanization Prospects: The 2009 Revision

» INTERVIEW

REGIONALPOLITIK: EU UND CHINA IM DIALOG



Raphaël Goulet ist Abteilungsleiter des Referats Kommunikation in der Generaldirektion „Regionalpolitik“ der Europäischen Kommission.

Chinas Wirtschaft ist in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen. Aber nicht alle Regionen profitieren von dieser Entwicklung. Was unternimmt China dagegen?

Chinas Regionen sind sehr unterschiedlich entwickelt – es gibt die boomenden Küstenregionen, den unterentwickelten Westen und den Nordosten, der gerade einen Niedergang der traditionellen Schwerindustrie er-

lebt. 2000 hat die chinesische Regierung mit der „Great Western Development Strategy“ ein sehr erfolgreiches Programm zur wirtschaftlichen Entwicklung des Westens auf den Weg gebracht. Aber auch andere, bislang wenig entwickelte Regionen in Zentral- und Nordostchina haben in letzter Zeit deutlich aufgeholt.

Die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen einzelnen Ländern zu überwinden, ist der Schlüssel zu Europas Erfolg. Was können die Chinesen davon lernen?

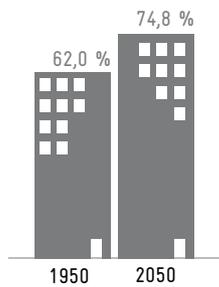
Obwohl China mehr als zweimal so groß ist wie die Europäische Union, gibt es große Gemeinsamkeiten in der räumlichen Verteilung der Wirtschaftsaktivitäten. Das hat chinesische und europäische Entscheidungsträger bewegt, gemeinsam nachhaltige Strategien

zur Wirtschaftsentwicklung zu entwerfen. Die Chinesen sind sehr daran interessiert, von Europa zu lernen – vor allem, wie die verschiedenen Ebenen in Politik und Verwaltung miteinander zusammenarbeiten.

Welche chinesischen Erfahrungen sind im Gegenzug für Europäer interessant?

Für Europäer ist es sinnvoll, die chinesische „Master Strategy for Coordinated Regional Development“ zu verstehen, die seit Beginn des Jahrhunderts verfolgt wird. Sie enthält Ansätze für die Verjüngung von alten Industriestandorten im Nordosten sowie spezifische Maßnahmen für die Entwicklung Zentralchinas.

Interview: Michael Funcke-Bartz



Ozeanien

Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung

Quelle: World Urbanization Prospects: The 2009 Revision

auch eine sektorenübergreifende Kooperation von Ministerien und Verwaltungsstellen. Zweitens müssen die Zivilgesellschaft und der Privatsektor in diese Entwicklung aktiv eingebunden werden. Und drittens müssen sich die unterschiedlichen Akteure auf gemeinsame Ziele verständigen. Das ist einfach gesagt und schwierig umzusetzen. Ein solcher regionaler Entwicklungsprozess „ist Ausdruck des Übergangs zwischen dem traditionellen ‚Gewährleistungsstaat‘ und dem modernen ‚aktivierenden Staat‘“, sagt Jutta Barth, GIZ-Expertin für Regionalisierung, Dezentralisierung und Stadtentwicklung. Die Beteiligung der Bürger, die Zusammenarbeit von Verwaltungseinheiten verschiebt Machtstrukturen und kann die festgelegten Arbeitsfelder überschreiten. Zudem betreten alle Beteiligten in solchen Prozessen Neuland.

Insofern kommt der Moderation eine sehr wichtige Rolle zu. Denn viele der Akteure treffen bisher nicht aufeinander. „Wir verstehen uns als Vermittler, der die politischen Aushandlungsprozesse begleitet, die Akteure zusammenbringt und den gegenseitigen Austausch moderiert“, sagt Daphne Frank, Fachplanerin im Kompetenzfeld Regionalisierung, Dezentralisierung, Kommunal- und Stadtentwicklung bei der GIZ in Eschborn. Austauschprozesse sind auf allen staatlichen Ebenen, speziell aber auch zwischen städtischen und ländlichen Planern von Vorteil. Städtische und ländliche Flächenplanung ist häufig in unterschiedlichen Ministerien angesiedelt. Hinzu kommt, dass beide oft unterschiedliche Methoden anwenden und sich mit der jeweils anderen Seite kaum austauschen. Dabei wäre genau das vonnöten, wie das Beispiel Niger zeigt. Die Städte dort karren Abwasser, Fäkalien und Müll einfach aufs Land und kippen es dort ab. Damit verändern sie die Landnutzung, ohne sich um geltendes Recht zu kümmern. Zudem verbreiten die unbehandelten Abwässer Krankheiten. Verhandlungen könnten beide Probleme lösen.

Konfliktpotenzial minimieren

Die Flächenkonkurrenz berührt auch für die ländliche Bevölkerung essenzielle Interessen. So existieren im Sahel bisher tradierte Weide- und Durchzugskorridore für Nomaden. „Die Bedeutung dieser Rechte nehmen Städteplaner häufig nicht wahr. Sie sehen in den offengelassenen Flächen Baugrund. Die Korridore sind jedoch für Viehbauern essenziell“, sagt Martina Wegner, in der GIZ zuständig für territoriale Entwicklung im ländlichen Raum. Um das bestehende Konfliktpotenzial zu minimieren, hat sich im Niger ein interministerielles Komitee gegründet. In ihm sitzen verschiedene Ministerien zusammen. Nächster Schritt war die Vereinbarung eines „Code Rural“, der Bodenrechte und Bodennutzung reglementiert.

Regionale Entwicklungsprozesse können sowohl von nationalen Regierungen angestoßen werden als auch von regionalen oder lokalen Initiativen. Entsprechend vielfältig sind auch die daraus resultierenden Kooperationsformen. „Die meisten solcher Prozesse beginnen informell. Mit dem Erfolg entsteht Vertrauen und weckt häufig den Wunsch nach formalen Beziehungen und weiter reichenden Zielen“, sagt Daphne Frank. Das Beispiel El Salvador spiegelt diesen Verlauf wider. In der Region La Paz haben 16 von 22 Gemeinden einen parteiübergreifenden Zweckverbund gegründet. Dieser Verbund arbeitet im Auftrag der Gemeinden an übergeordneten Themen wie Abfallentsorgung, Wirtschaftsförderung und Raumordnung. Inzwischen wurden zwölf offene Müllhalden geschlossen und die Abfalltrennung eingeführt. Die Bündelung von Themen beim Verbund unter einem gemeinsam abgestimmten Leitbild fördert die Entwicklung der Region. „Dieser Austausch zwischen Gemeinden, die ja von unterschiedlichen Parteien regiert werden, ist im politisch stark polarisierten El Salvador außergewöhnlich und eine Mut machende Entwicklung“, sagt Friedegund Mascher, Leiterin des Beratungsprojekts zur Gemeindeförderung und Dezentralisierung, das die GIZ für das BMZ in El Salvador umsetzt. Zu den Erfolgen dieses Entwicklungsprozesses gehört, dass zehn der Kommunen Entwicklungspläne erstellten, an denen sich gut 3.000 Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben und bei denen sie die Interessen ihrer jeweiligen Familien einbringen konnten.

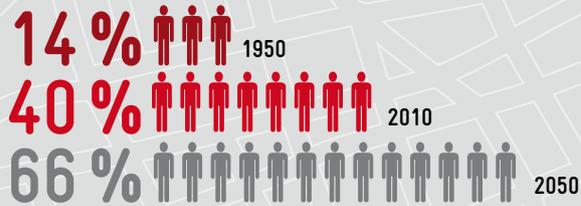
Nicht immer sind partizipative Prozesse von Erfolg gekrönt. Und sie bergen die Gefahr, dass sich Einzelinteressen über das Gemeinwohl stellen wollen. Damit sind Ängste verbunden. Es ist ein politisch sensibles Thema. Umso wichtiger ist es, dass partizipative Prozesse institutionell eingebunden werden. Die westlichen Länder, gerade die der EU, sind Beispiele, wie solche Aushandlungsprozesse funktionieren können. Die EU-Länder verfügen über hohe Glaubwürdigkeit und können als Makler diese Prozesse begleiten. Der Zeitpunkt, neue Entwicklungswege zu gehen, ist in vielen Regionen der Welt günstig. Die demokratischen Bewegungen in den arabischen Ländern unterstreichen beispielsweise, dass Menschen Freiheitsrechte und wirtschaftliche Teilhabe anstreben. Good Governance ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung ländlicher und urbaner Räume. Darüber hinaus zwingt die Globalisierung auch Entwicklungs- und Schwellenländer dazu, die regionale Ausprägung ihrer ländlichen und urbanen Räume zu intensivieren. Das bedeutet, die Potenziale der jeweiligen Territorien zu entwickeln und auszudifferenzieren. Dazu gehört auch der Versuch, das Entwicklungsgefälle zwischen den Regionen auszugleichen. ■

FOTOS: RACE-PRESS/DPA (10-11, 17); REDUX/LAIF (10-11); PETER HIRTH/LAIF (12); RÖDTMANN/LAIF (12); JUPITERIMAGES (17); ISTOCKPHOTO.COM/HANHANPEGGY (18); SADEQUI HUSSAIN/FOTOLIA.COM (19); ELLERINGMANN/LAIF (20); BERTRAND GARDEL/HEMIS.FR/LAIF (20)

STADT & LAND IN ZAHLEN

> 14 Prozent der afrikanischen Bevölkerung lebten 1950 in der Stadt. 2010 waren es bereits 40 Prozent. Prognosen zufolge steigt ihr Anteil bis 2050 auf knapp zwei Drittel.

QUELLE: WORLD URBANIZATION PROSPECTS



> 38 Prozent des weltweiten Festlands wurden 2008 landwirtschaftlich genutzt. Während der Anteil dieser Fläche in den letzten 50 Jahren um nur vier Prozent anstieg, konnte die Agrarproduktion allein zwischen 2000 und 2009 um 22 Prozent gesteigert werden.

QUELLEN: WORLD URBANIZATION PROSPECTS, THE WORLD BANK



< 80 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts werden schätzungsweise in den städtischen Gebieten erwirtschaftet.

QUELLE: BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG

< 264 Liter Wasser verbrauchen lateinamerikanische Großstädter durchschnittlich pro Kopf und Tag. Mit einem Wasserverbrauch von 669 Litern liegt Buenos Aires weit über dem Durchschnitt.

< 264 Liter Wasser verbrauchen lateinamerikanische Großstädter durchschnittlich pro Kopf und Tag. Mit einem Wasserverbrauch von 669 Litern liegt Buenos Aires weit über dem Durchschnitt.

QUELLE: GREEN CITY INDEX, SIEMENS



^ 375 Kilogramm Abfall produziert ein Stadtbewohner Asiens durchschnittlich pro Jahr. Die Bewohner Kuala Lumpurs verursachen mit 816 Kilogramm pro Kopf mehr als doppelt so viel Müll.

QUELLE: GREEN CITY INDEX, SIEMENS

48,9 Mrd. €
22,6 Mrd. €

^ 48,9 Milliarden Euro erzielten die deutsche Land- und Forstwirtschaft sowie die Fischerei 2009 als Produktionswert – deutlich mehr als der Umsatz des gesamten deutschen Textil- und Bekleidungsgebietes, der 22,6 Milliarden Euro betrug.

QUELLE: DEUTSCHER BAUERNVERBAND

WIR MACHEN ZUKUNFT!

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) wird 50 Jahre alt. Frieden und Stabilität, Bildung, gerechter Handel, die Durchsetzung der Menschenrechte, Gesundheitsversorgung – dies sind nur einige der globalen Zukunftsfragen, an denen das BMZ arbeitet.



In den letzten fünfzig Jahren ist Deutschland zu einem geschätzten Akteur der internationalen Zusammenarbeit geworden. Wir werden von unseren Kooperationsländern als echter Partner auf Augenhöhe und mit Augenmaß geschätzt. Genauso sehen uns andere Geber und internationale Organisationen als verlässlichen und kompetenten Akteur. Nicht zuletzt dank unserer starken Durchführungsorganisationen sind wir umsetzungsstark und innovativ.

Deutschland hat dazu beigetragen, dass in vielen Regionen der Welt beachtliche Entwicklungserfolge erzielt werden konnten – auch wenn weiterhin enorme Herausforderungen vor uns allen stehen. Die Politik kann dabei, gerade im internationalen Dialog, Voraussetzungen schaffen, die die Bewältigung dieser Herausforderungen erleichtern. Und sie kann bei der Finanzierung der Aufgaben helfen. Aber: Die Gestaltung der Zukunft geht zuerst und vor allem von den gesellschaftlichen Kräften aus, von den Organisationen der Zivilgesellschaft und von der Wirtschaft, von der Wissenschaft und von den Medien – und damit letztlich von jedem einzelnen Bürger.

Wir brauchen deshalb starke Mitstreiter aus der Zivilgesellschaft. Entwicklungspolitik darf nicht in einer Nische stattfinden, sondern muss in die Mitte der Gesellschaft getragen werden. Bürger, Unternehmen, Kommunen, Bildungseinrichtungen, Wissenschaftler, Medien und viele andere mehr müssen sich engagieren. Nur wenn alle mit anpacken, können wir die globalen Herausforderungen der Zukunft bewältigen.

Es geht uns also darum, Menschen zum Engagement anzustiften. In Deutschland gibt es bereits über dreitausend Organisationen und eine Million Menschen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Wir wollen daraus zwei Millionen Menschen machen!

Genau dieses Anstiften steht deshalb im Mittelpunkt unserer Kampagne zum fünfzigjährigen Bestehen des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Deshalb also unser Slogan „Wir machen Zukunft. Machen Sie mit.“ Wir machen ein Angebot, gerade auch an die, die sich noch nicht engagieren, gemeinsam mit uns und unseren bewährten Partnern Konzepte und Visionen für die Zukunft der deutschen Entwicklungspolitik zu erarbeiten –

auf der Grundlage von fünf Jahrzehnten deutscher Entwicklungspolitik und gemeinsam mit renommierten Zukunftsforschern.

Ein wichtiger Schritt hierzu ist eine höhere Sichtbarkeit der deutschen Entwicklungspolitik. In insgesamt vierzehn Leuchtturm-Veranstaltungen diskutieren wir anlässlich unseres Jubiläums mit der breiten Gesellschaft und mit Experten über die Zukunft der deutschen Entwicklungspolitik. Mit interaktiven Kommunikationsinstrumenten und Social-Media-Maßnahmen nehmen wir im Laufe des Jahres einen immer engeren Kontakt zur Bevölkerung auf – denn wir sind davon überzeugt, dass wir neue Formen des Dialogs und der Zusammenarbeit brauchen, um weitere Zielgruppen und mehr Menschen zu erreichen.

Entwicklungspolitik darf nicht in einer Nische stattfinden, sondern muss in die Mitte der Gesellschaft getragen werden. Wir brauchen Mitstreiter.

Bürger, Unternehmen und Kommunen erhalten außerdem sehr konkrete Angebote zum Engagement in der Entwicklungszusammenarbeit. So zeigt das Online-Portal www.bmz.de/engagement Bürgern, Unternehmen, Organisationen, Schülern und Lehrkräften viele Möglichkeiten des Engagements auf. Die neue Servicestelle für die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft bietet Informationen aus erster Hand und zugeschnitten auf Unternehmer, die sich entwicklungspolitisch engagieren möchten und dabei zum Beispiel Unterstützung im Rahmen einer Public Private Partnership bekommen können. Davon profitieren am Ende alle: die Menschen in unseren Partnerländern, das BMZ, das zusätzliche private Mittel für Entwicklung mobilisieren kann, und auch das Unternehmen, dem vielleicht ein Markteinstieg in einem als „schwierig“ wahrgenommenen Zielmarkt gelingt.

Neu starten wird die geplante „Servicestelle für bürgerschaftliches und kommunales Engagement“, die künftig unsere Instrumente der Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft anbieten und bündeln wird. Über die neue Ser-

vicestelle werden Beratung, Begleitung, Finanzierung, Qualifizierung und Informations- und Bildungsarbeit organisiert und unterstützt. Wir wollen damit einen Raum schaffen, in dem Ideen entstehen, Synergien geschaffen werden und Engagement ermutigt, gefördert und vorangetrieben wird.

Entwicklungspolitik ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb muss die Aufmerksamkeit für Entwicklungspolitik erhöht werden. Entwicklungspolitische Themen müssen die politischen und medialen Agenden in Deutschland sehr viel stärker mitbestimmen als bisher. Auch in internationale Debatten zur globalen Entwicklung wollen wir in Zukunft die hohe fachliche Kompetenz der deutschen Entwicklungspolitik noch intensiver einbringen. Und noch

stärkere Akzente setzen. Auch dafür brauchen wir den Rückhalt und das Engagement der Bevölkerung in Deutschland für eine starke Entwicklungspolitik. In diesem Sinne: „Wir machen Zukunft. Machen Sie mit!“

Die Umwälzungen in den arabischen Ländern zeigen, dass die jungen Männer und Frauen ihr unmittelbares Lebensumfeld mitgestalten und mitentwickeln möchten – aus dem Wunsch nach Freiheit und Verantwortung. Ihr Ruf nach gesellschaftlicher Partizipation ist eine Chance für ihre Entwicklung und für mehr Nachhaltigkeit. ■

> ZUR PERSON

„Menschen weltweit ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen“: Das ist für Dirk Niebel das wichtigste Ziel von Entwicklungszusammenarbeit. Der FDP-Politiker und diplomierte Verwaltungswirt ist seit 2009 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Dirk Niebel engagiert sich besonders für den Frieden im Nahen Osten.





FANTASIE UND ZUVERSICHT

NACH DEM ENDE DER SOWJETUNION befindet sich das seitdem unabhängige Armenien in einer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krise. Zudem wirkt der Krieg mit Aserbaidschan bis heute nach. Knapp ein Drittel der Einwohner Armeniens lebt unterhalb der Armutsgrenze, in vielen Regionen wachsen Kinder in einer desolaten Umgebung auf, wie hier im Ort Mughni in der Provinz Aragatsotn. Anders als viele Erwachsene bringen sie jedoch Kraft und Fantasie auf, mit Hoffnung und Zuversicht in die Zukunft zu schauen. Die GIZ arbeitet im Auftrag der Bundesregierung in Armenien.

Fotografin: Anoush Aslanyan

MIT ÖKOLANDBAU IN DIE ZUKUNFT

Endlos und eintönig erstreckt sich in Saudi-Arabien die karge Wüstenlandschaft. Trotzdem war die Golfmonarchie noch in den 1990er Jahren einer der größten Weizenexporteure der Welt. Heute setzt das Land mehr auf Qualität als auf Quantität: Die Einführung eines saudischen Ökosiegels soll die Ära des biologischen Landbaus einläuten.

Text Hanna Labonté Fotos Andreas Wolf



Ibrahim Al-Shahwan läuft über seine kleine Farm im Süden Riads. Mit seinem weißen Thawb, dem traditionellen arabischen Gewand, wirkt er inmitten des Wüstenstaubs von der Hitze völlig unberührt, während seine Besucher unter der heißen Sonne stöhnen. Es ist zehn Uhr morgens, aber das Thermometer zeigt bereits jetzt über 40 Grad. Jetzt, im Mai, endet in Saudi-Arabien die Produktionsphase für Gemüse. Selbst in den gekühlten Gewächshäusern wird das Klima für die Pflanzen zu heiß. Trotzdem baut Al-Shahwan auf seinen sechs Hektar Land zurzeit noch etwa 20 verschiedene Sorten Biogemüse an, die er über einen eigenen Lieferservice an die Konsumenten bringt. Etwa 60 bis 80 Haushalte beliefert er wöchentlich mit seinen Biokörben: „Meine Kunden haben Vertrauen“, sagt er und lächelt durch seine kleine Brille. „Sie wissen, dass meine Produkte hochwertige und gesunde Lebensmittel sind. Dafür zahlen sie gerne etwas mehr.“

Absolutes Neuland

Ökologischer Landbau mitten in der Wüste? Auf den ersten Blick passt das nicht zusammen. Und doch arbeitet GIZ International Services bereits seit sechs Jahren im Auftrag des saudischen Landwirtschaftsministeriums daran, den ökologischen Landwirtschaftssektor in Saudi-Arabien auszubauen. Eine Pionierarbeit: Bis dato war ökologischer Landbau in Saudi-Arabien praktisch nicht existent. Gesetze und Regeln mussten erst entwickelt, technische Kenntnisse vermittelt werden. Doch die kontinuierliche Arbeit hat sich gelohnt: „Mit dem Aufbau einer eigenständigen Abteilung im Agrarministerium und der Umsetzung einer saudischen Ökoverordnung im letzten Jahr sind wir einen entscheidenden Schritt weitergekommen“, erklärt GIZ-Projektleiter Marco Hartmann.

Auslöser für den Auftrag des Landwirtschaftsministeriums waren zunächst die zunehmenden Probleme, die durch den unkontrollier-

< Ökopionier Ibrahim Al-Shahwan in einem seiner Gewächshäuser, in dem er Biozucchini anbaut.

SAUDI-ARABIEN



> LÄNDERINFO

Größe in km²: 2,15 Mio.
Hauptstadt: Riad
Einwohner: ca. 25,5 Mio., davon ca. 7 Mio. legal im Land lebende Ausländer
Bevölkerungswachstum: 2,5 Prozent jährlich
BIP 2009: 415,4 Milliarden US\$
BIP pro Kopf 2009: 23.269 US\$

Quelle: Auswärtiges Amt

AUF EINEN BLICK

- Einführung ökologischer Landwirtschaft in Saudi-Arabien
- Auftraggeber: Landwirtschaftsministerium, Saudi-Arabien
- Laufzeit: 2005 bis 2013

Die steigende Nachfrage nach gesunden, unbelasteten Lebensmitteln hat in Saudi-Arabien ein Umdenken bei Landwirten, Handel und Behörden in Gang gesetzt. Das Landwirtschaftsministerium hat die GIZ um Unterstützung bei der Einführung der ökologischen Landwirtschaft gebeten. Dazu gehören neben der Produktion auch die Vermarktung und die Zertifizierung nach internationalen Standards. Letztere soll den Landwirten neue Geschäftsmöglichkeiten eröffnen und die saudische Lebensmittelbranche international wettbewerbsfähig machen. Bisherige Erfolge: Ein nationaler Verband für organische Landwirtschaft ist entstanden und verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen für Produzenten und Konsumenten wurden festgelegt. Marketingkampagnen und Messeteilnahmen im In- und Ausland ergänzen diese Maßnahmen. Anfang 2011 wurde ein nationales Ökosiegel vorgestellt.

ten Gebrauch chemischer Dünge- und Schädlingsbekämpfungsmittel im konventionellen Landbau hervorgerufen wurden. So waren manche saudischen Lebensmittel beispielsweise stark mit Pestiziden belastet. Doch die höhere Qualität der Lebensmittel ist nur ein Grund für das Interesse der saudischen Regierung am Ökolandbau: „Bemerkenswert ist, dass heute aber auch Nachhaltigkeitsaspekte immer mehr an Bedeutung gewinnen“, berichtet Hartmann. Denn ökologische Bewirtschaftung schont auch die in der Wüste ohnehin knappen Ressourcen: Die Wasserhaltefähigkeit der Böden wird verbessert, und neue Technologien wie die Tröpfchenbewässerung nutzen Wasser sehr effizient.

Wasserknappheit ist aber nur eine von vielen Schwierigkeiten, die sich den Landwirten in Saudi-Arabien in den Weg stellen. „Die klimatischen Bedingungen unterscheiden sich innerhalb des Landes extrem und verlangen nach einem sorgsamem Umgang mit allen Ressourcen“, sagt Hartmann. Ibrahim Al-Shahwans Farm liegt zum Beispiel inmitten der arabischen Wüste. Neben Gemüse produziert er auch Eier – die seien allerdings noch nicht zu hundert Prozent bio: „Es ist sehr schwer, hier biozertifiziertes Tierfutter zu finden. Deshalb muss ich anderes zufüttern“, erklärt er.

Noch ist der ökologischen Landbau im Lande wenig etabliert. Zwar hat das Agrar- >



ministerium ein spezialisiertes Ökoforschungszentrum eingerichtet, erste Ergebnisse werden aber erst in einigen Jahren erwartet. Bis dahin müssen die Landwirte selbst zurechtkommen. Neugier und Experimentierfreude helfen dabei. Für Ibrahim Al-Shahwan ist Ökolandbau ein ständiges Experimentierfeld: Von den von der GIZ organisierten Studienreisen ins Ausland bringt er neue Samen mit, mit anderen saudischen Landwirten tauscht er Pflanzen und Erfahrungen aus und experimentiert mit Mitteln gegen Insekten. „Es ist vor allem der Austausch mit Kollegen, von dem ich profitiere“, berichtet er und zeigt stolz seine Samensammlung in der kleinen Verpackungsstation seiner Farm.

Landwirt aus Leidenschaft

Hat er denn keine Angst vor Konkurrenz? Al-Shahwan lacht: „Ich komme der Nachfrage kaum hinterher. Da wäre ich froh, wenn ich mit mehr Kollegen kooperieren könnte, um

meine Kunden zufriedenzustellen.“ Das Projekt setzt vor allem darauf, dass die Biolandwirte selbst ihre konventionell produzierenden Kollegen von den Vorteilen des ökologischen Landbaus überzeugen. Dass diese Idee funktionieren kann, zeigt das Beispiel Ibrahim Al-Shahwan. Denn es bereitet ihm sichtbar Freude, andere von seinen Ideen zu überzeugen. Eigentlich ist er Dozent für Pflanzen-Pathologie an der King-Saud-Universität, einer der größten Bildungseinrichtungen des Landes. Die Farm hat er nebenbei aufgebaut. Aber Al-Shahwan kann Hobby und Beruf gut verknüpfen. Dafür hält er regelmäßig Seminare und Vorträge für Kollegen und seine Studenten. „Wenn ich meinen Studenten zeige, wie konventionelle Landwirte mit Pestiziden umgehen und wie wir hier in meinem Betrieb ohne Gifte produzieren können, wollen sie nie mehr etwas anderes essen“, sagt er.

Und die Landwirte reagieren auf das gesteigerte Interesse an Biolebensmitteln: Allein

in der ersten Jahreshälfte 2011 hat sich die Anzahl der biologisch produzierenden Betriebe in Saudi-Arabien um fast 50 Prozent gesteigert. „Das ist erst der Anfang“, erläutert Marco Hartmann. „Wir gehen davon aus, dass die Nachfrage auf die nächsten Jahre hin größer sein wird als das Angebot.“

Eigeninitiative ist gefragt

Bei der nachhaltigen Entwicklung des einheimischen Marktes für ökologische Lebensmittel sind die deutschen Berater auf die saudischen Projektmitarbeiter angewiesen. „Um den Markt nachhaltig zu festigen, muss man die spezifischen Gegebenheiten der saudischen Gesellschaft sehr genau kennen“, sagt Hartmann, „besonders, wenn es um die Akzeptanz von Biolebensmitteln in der Bevölkerung geht.“ Denn die saudischen Projektmitarbeiter sind diejenigen, die nach dem Ende des Projekts den weiteren Ausbau der ökologischen



< Links: In Gewächshäusern sind die jungen Pflanzen vor allzu großer Hitze geschützt.

Rechts: Das neue saudi-arabische Ökolabel soll den Verbrauchern Lust auf im Inland produziertes Biogemüse machen.

Landwirtschaft verantwortlich weiterführen müssen. Deshalb werden sie eng in die Projektarbeit einbezogen: „Wir trauen unseren Partnern viel zu und nehmen sie sehr früh in die Verantwortung“, so Marco Hartmann.

Doch nicht nur auf Produzentenseite, auch bei den Verbrauchern gibt es noch Nachholbedarf, was Wissen über ökologisch angebaute Produkte angeht. In saudische Supermärkte hielten Biolebensmittel erst in den letzten Jahren Einzug. Dabei handelte es sich bislang vor allem um importierte Erzeugnisse. Lokale Artikel finden erst langsam den Weg in die Auslagen. Die Einführung eines saudischen, einheitlichen Siegels soll nun deren Ak-

zeptanz erhöhen und den Konsumenten einen einheitlichen Orientierungspunkt für ihre Einkäufe liefern.

Im Laufe des Jahres sollen alle 23 Projektfarmen nach dem neuen saudischen Standard zertifiziert werden. In die Einführung des Ökosiegels setzt Ibrahim Al-Shahwan große Hoffnungen. Es sei im Land selbst entwickelt worden und wecke daher Vertrauen beim Verbraucher: „Das neue Siegel wird auf Arabisch geschrieben sein. Das Ministerium steht mit seinem Namen dahinter. So wissen die Konsumenten, was sie kaufen.“ Schon im Herbst könnten die ersten Produkte mit dem eigenen Siegel auf den saudischen Markt kommen.

Al-Shahwan begegnet dem zu erwartenden Boom mit Gelassenheit. Er hat neues Land gekauft, um mehr produzieren zu können. ■

► ANSPRECHPARTNER

Marco Hartmann > marco.hartmann@giz.de

» INTERVIEW

„TEIL EINER WELTWEITEN BEWEGUNG“



Dr. Saad Khalil ist Geschäftsführer des saudischen Ökolandbauverbands SOFA und von saudischer Seite im Landwirtschaftsministerium für das Projekt zur Förderung des ökologischen Landbaus verantwortlich.

Warum unterstützt die saudische Regierung den Ökolandbau?

Unser Hauptziel ist es, gesunde Lebensmittel für den saudischen Markt zu produzieren. Das Projekt bietet aber auch eine Chance, den Anbau von konventionell produzierten Lebensmitteln, der eine Menge Wasser verbraucht, einzudämmen.

Wie reagieren Landwirte auf das Projektangebot?

Besonders die Studienreisen sind für unsere Projektfarmer sinnvoll. Wir haben mit einigen Landwirten an der Messe „BioFach“ in Nürn-

berg teilgenommen. Dort haben viele zum ersten Mal gemerkt, dass sie Teil einer großen, weltweiten Bewegung sind.

Was sind heute die Herausforderungen für das Projekt?

Wir befinden uns in einer Übergangsphase. Die Nachfrage nach Biolebensmitteln ist zurzeit größer als das Angebot. Das ist gut. Aber viele Konsumenten können sich die Produkte nicht leisten oder wissen nicht, was dahintersteckt. Daran müssen wir arbeiten. Um das Ökosiegel bekannter zu machen, planen wir eine große Medienkampagne.

Wie sieht die Zukunft des ökologischen Landbaus in Saudi-Arabien aus?

Ich habe die ambitionierte Hoffnung, dass wir bis 2015 etwa fünf bis zehn Prozent des saudischen Lebensmittelmarktes mit Biolebensmitteln abdecken können.

Interview: Hanna Labonté

DIE GEBURT EINES STAATES

Am 9. Juli wurde der Südsudan unabhängig und ist damit der jüngste Staat der Welt. Nach zwei langen, blutigen Bürgerkriegen schauen die Menschen positiv in die Zukunft – auch dank vieler internationaler Hilfsprojekte.

Text Philipp Hedemann



Mit kräftigen Schlägen nagelt Deng Agok Deng eine Bambuslatte an den Rohbau seiner vier mal dreieinhalb Meter großen Hütte. In wenigen Tagen will der groß gewachsene Mann, dem die zerschlissene Kleidung viel zu weit am hageren Körper schlabbert, mit seinen vier Kindern in die einfache Behausung einziehen. „Das wird das beste Haus, in dem wir je gelebt haben“, freut sich der 47-Jährige. Er ist einer von knapp zwei Millionen Südsudanese, die nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs in ihre verwüstete Heimat heimkehren, die am 9. Juli als 54. Staat Afrikas unabhängig geworden ist. Mehr als zwei Millionen Opfer sind zu beklagen, rund vier Millionen Menschen hat der Krieg im eigenen Land heimatlos gemacht. Seit nach dem Referendum im Januar 2011 absehbar war, dass der Süden unabhängig wird, sind bereits 400.000 Südsudanese aus dem Norden in ihre Heimat im Süden zurückgekehrt. Die deutsche Bundesregierung und die internationale Staatengemeinschaft helfen Deng und den anderen Rückkehrern, sich Hütten und ein neues Leben aufzubauen. Mit 40 entsandten Experten aus Deutschland und Europa, 138 weiteren Experten überwiegend aus afrikanischen Ländern sowie mehr als 400 nationalen Mitarbeitern unterstützt die GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), des Auswärtigen Amtes, der EU und verschiedener UN-Organisationen den Südsudan beim Staatsaufbau.

„Da wohnen wir bislang“, sagt Deng und zeigt auf einen notdürftig aus Brettern und Planen zusammengezimmerter Verschlag neben seiner neuen Hütte. Er ist kein Mann, der jammert. Nachdem sein Bruder im Krieg gestorben war, floh Deng mit seiner Frau und den vier Kindern – das jüngste war erst ein Jahr alt – in den relativ sicheren Norden. Dort starb seine Frau im Flüchtlingslager. „Es ist so traurig, dass sie nicht mehr erleben kann, wie wir hier ein neues Leben beginnen“, sagt Deng. Er ist einer von bislang rund 30.000 Flüchtlingen, die aus dem Norden

zurückgekehrt sind und sich in der dünn besiedelten Savanne am Rande von Kuajok eine neue Existenz aufbauen. Kuajok ist seit 2005 Hauptstadt der neu gegründeten Provinz Warrap.

„Bald kommt die Regenzeit. Bis dahin müssen möglichst viele der teilweise schwer traumatisierten Rückkehrer eine wetterfeste Unterkunft haben“, sagt Veronika Utz von der GIZ. Sie arbeitet in einem vom Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) und BMZ finanzierten Partnerschaftsprogramm zur Integration der Rückkehrer. Benjamin Binda Wol, Koordinator der staatlichen südsudanesischen Hilfs- und Rehabilitationskommission, ist froh, dass Deutschland den jungen Staat unterstützt. „Die Deutschen kamen gut vorbereitet. Sie machen unter großem Zeitdruck das, was sie versprochen haben“, sagt der Südsudanese. Er weiß: Alleine könnte der gerade erst gegründete Staat die Mammutaufgabe nicht bewältigen.

Dringend notwendige Aufbauarbeit

„Die kaum vorhandenen staatlichen Strukturen und der eklatante Mangel an Fachkräften auf allen Ebenen erschweren unsere Arbeit enorm“, sagt der GIZ-Landesdirektor Manfred van Eckert in seinem Büro in der neuen Hauptstadt Juba. Auch die Sicherheitslage in dem ehemaligen Bürgerkriegsland, in dem Hunderttausende Waffen kursieren, ist immer noch sehr angespannt. Dennoch engagiert die GIZ sich für ihre verschiedenen Auftraggeber in zwölf Projekten in einem Land, das etwa zweimal so groß wie Deutschland ist, in dem es aber nur wenige Kilometer asphaltierte Straße gibt; in dem nur ein Viertel der über acht Millionen Einwohner lesen und schreiben kann; in dem mehr als die Hälfte der Bevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser hat und die Säuglings- und Müttersterblichkeit zu den höchsten der Welt zählt; in dem es trotz fruchtbarer Böden immer wieder zu Hunger kommt.

Neben der Integration von Rückkehrern hilft die GIZ unter anderem beim Aufbau einer demokratischen, dezentralen und föderalen Staatsverwaltung, bei der Entwicklung der städtischen Trinkwasserversorgung, beim Bau dringend benötigter Wohnhäuser, Schulen, Straßen

und Deiche, beim Aufbau einer nachhaltigen Landwirtschaft und einer fundierten Schul- und Berufsausbildung. „Wir befinden uns eigentlich noch im Stadium der Nothilfe. Aber wir dürfen bei der Bekämpfung der unmittelbaren Not nicht den Aufbau institutioneller Strukturen vernachlässigen. Das wäre, als würde man ein Pflaster auf eine eiternde Wunde kleben“, warnt van Eckert. Eines der Projekte, das dem Aufbau institutioneller Strukturen dient, ist die Ausbildung der Polizei. Dieser Auftrag kam vom Auswärtigen Amt.

Ruckelig führt Augustino Agula Diringa den Cursor über den Bildschirm. Der ehemalige Kämpfer der Rebellenarmee SPLA ist einer von 34 Polizisten, die in einem 16-monatigen Kurs zu Experten für Kommunikationstechnik ausgebildet werden. 80 Polizeistationen hat die GIZ bereits mit Funkstationen ausgestattet, mehr als 250 Polizisten im Umgang mit den Hightechgeräten geschult. „Wir lernen, wie wir effektiv mit dem Hauptquartier in Juba und mit den anderen Polizeiposten kommunizieren können. Das ist wichtig, damit wir die Sicherheit in unserem neuen Staat gewährleisten können“, sagt Diringa.

Auch Federico Ladu hat für die Freiheit seines Landes gekämpft – 17 lange Jahre lang. Jetzt steht er mit einem aus einem Stock und einer Plastiktüte gebastelten Wedel hinter seinem Marktstand in Juba und verscheucht Fliegen. Denn die Bewohner der südsudanesischen Hauptstadt, die jeden Morgen an seinem Stand Schlange stehen, wissen, dass sein Fisch besonders gut ist. „Der Krieg war nicht gut. Da konnte man nicht leben, da konnte man nur versuchen zu überleben. Jetzt bauen wir uns ein gutes Leben auf“, sagt der Fischhändler. Er ist einer von 3.397 Männern und Frauen, die an einem Reintegrationsprogramm für ehemalige Kombattanten teilgenommen haben, das GIZ International Services im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) durchführt. Das Friedensabkommen mit dem Nordsudan sieht unter anderem vor, dass der Südsudan seine rund 180.000 Mann starken Streitkräfte auf rund die Hälfte reduziert. „Viele von ihnen haben nichts anderes als das Kriegshandwerk gelernt. Weniger als zehn Prozent der ehemaligen Kämpfer können >>

◀ Die Freude im Südsudan war groß, als sich die Mehrheit der Bevölkerung in einem Referendum klar für die Unabhängigkeit vom Norden aussprach.



❶ Deng Agok Deng vor der neuen Hütte, die er bald mit seiner Familie beziehen wird. ❷ Aus dem alten Viehauktionsplatz soll ein neues Versteigerungsgelände werden – mit besseren Bedingungen für Tiere und Händler. ❸ Dank eines Kleinkredits können sich zahlreiche Frauen den Traum vom eigenen kleinen Unternehmen erfüllen. ❹ Mit Hilfe der GIZ werden Polizisten zu Kommunikationsexperten ausgebildet. Viele der Teilnehmer gehörten früher der Rebellenarmee SPLA an.

lesen und schreiben. Doch ihre Integration in die Zivilgesellschaft des neuen Staates ist mitentscheidend für dessen Erfolg“, erklärt Programmleiter Jean-Christophe Goussaud.

Die Bilanz des Projektes ist trotz der schwierigen Ausgangsbedingungen überaus positiv. Fast neun Zehntel aller Teilnehmer haben es beendet, zwei Drittel der Absolventen gründeten im Anschluss ein eigenes Geschäft und konnten ihre Einkommenssituation so deutlich verbessern. „Wir haben im Training gelernt, wie man liest, schreibt, zählt, rechnet, ein Geschäft führt und mit Geld umgeht“, erzählt Federico Ladu stolz. Er baute seinen Fischstand mit vier weiteren Trainingsteilnehmern auf. Bis zu 100 Fische aus dem Nil verkaufen die ehemaligen Soldaten hier jeden Tag. Mit dem Gewinn schickt Ladu, der selbst nie eine Schule besuchte, seine fünf erwachsenen Kinder jetzt zur Abendschule.

Ladu und seine Kollegen haben mit dem Fischverkauf erfolgreich eine Nische besetzt, denn bislang steht Fisch kaum auf dem Speiseplan der meisten Südsudanesen. Rindfleisch hingegen ist schon jetzt sehr beliebt. Unter einem notdürftig aus Stöcken und Planen errichteten Verhau diskutiert Tierarzt Günter Hartmann mit Auktionären und Viehhändlern. Im Auftrag der EU ließ der GIZ-Projektleiter in der Nähe eines heruntergekommenen Viehauktionsplatzes ein neues Versteigerungsgelände errichten. Nur, dass die Provinzverwaltung bislang nicht dafür gesorgt hat, dass Polizisten den neuen Auktionsplatz vor Viehdieben schützen, bereitet den Händlern noch Sorge. „Der neue Platz ist viel besser. Sobald die Polizisten da sind, kommen wir, Günter“, sagen die meist aus Darfur stammenden Kaufleute. „Die Südsudanesen sehen jetzt optimistisch in die Zukunft. Immer mehr können sich Fleisch leisten, die Inlandsnachfrage steigt. Jetzt müssen wir mit unseren Modellprojekten dafür sorgen, dass diese Nachfrage mit Hilfe moderner Auktionsplätze und hygienischer Schlachthöfe auch bedient werden kann“, sagt Hartmann bei der Inspektion des neuen Versteigerungsgeländes.

Zu denjenigen, die bald für eine wachsende Fleischnachfrage sorgen könnten, gehören auch die Mitglieder der Frauen-Unternehmerinnen-Gruppe aus dem Dorf Ayi, die im



DER WEG IN DIE UNABHÄNGIGKEIT

Der Sudan erlangte 1956 seine Unabhängigkeit von Großbritannien. Die Geschichte des Landes ist durch zwei lange Bürgerkriege geprägt, in denen der mehrheitlich christliche Süden für seine Unabhängigkeit und gegen Unterdrückung und Benachteiligung durch den mehrheitlich muslimischen Norden kämpfte. Der zweite Bürgerkrieg begann 1983, dauerte 22 Jahre und forderte circa zwei Millionen Todesopfer. 2005 endete er mit einem Friedensabkommen und der Gründung der autonomen Region Südsudan. In einem Referendum im Januar 2011 stimmte fast die gesamte Bevölkerung des Südsudans für die Unabhängigkeit, die am 9. Juli 2011 in Kraft trat. Der sudanesischer Staatschef Umar Hasan Ahmad al-Baschir hat das Ergebnis anerkannt.

Rahmen eines von der GIZ umgesetzten überregionalen Partnerschaftsprogramms zwischen dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) und dem BMZ mit Kleinkrediten unterstützt werden. 98 Prozent der Kleinunternehmerinnen konnten das Darlehen innerhalb von sechs Monaten zurückzahlen, das Geld kann jetzt an andere Frauen weiterverliehen werden.

Nachdem die Südsudanesen sich in einem Referendum Anfang des Jahres mit 98,8 Prozent für die Unabhängigkeit aussprachen und am 9. Juli ihren eigenen Staat gründeten, stehen im jüngsten Land der Erde alle Zeichen auf Aufbruch. Allerdings fängt die Entwicklung bei nahezu null an. Die Euphorie könnte leicht in Frustration umschlagen, wenn es der Regierung nicht schnell gelingt, sichtbare Erfolge zu präsentieren. Die deutsche Bundesregierung und die GIZ wollen dem neuen Staat dabei helfen.

Sie sind mit kriegsbedingten Unterbrechungen seit 1972 im Südsudan engagiert. Die Förde-

rung der ländlichen Entwicklung ist in dem Land, in dem rund 80 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft leben und dessen großes Agrarpotenzial von Politikern und Experten als wichtigste Grundlage für die nachhaltige Entwicklung gesehen wird, einer der Schwerpunkte der zukünftigen Zusammenarbeit. Davon könnte auch Deng Agok Deng, der gerade selbst sein erstes kleines Haus baut, profitieren. Der Rückkehrer: „Bevor ich fliehen musste, hatte ich Rinder. Ich würde so gerne wieder als Bauer arbeiten. Ich hoffe, dass mir jemand beim Start hilft.“ ■

> ANSPRECHPARTNER

Manfred van Eckert

> manfred.eckert-van@giz.de

FRISCHER WIND FÜRS GESCHÄFT

Wer in der Wirtschaft erfolgreich sein will, muss sich ständig weiterentwickeln. Keine einfache Aufgabe – deshalb bringen in Tunesien seit 2008 Berater für Innovationsmanagement kleine und mittlere Unternehmen auf neue Ideen und helfen ihnen so dabei zu wachsen.

Text und Fotos Reiner Wandler



Ideenpool: Die tunesische Molkerei Vitalait bezieht bei der Produktentwicklung Mitarbeiter aus allen Unternehmensbereichen ein.

Kann man Joghurt neu erfinden? Vitalait kann! „Wir bringen jede Saison mindestens ein neues Produkt auf den Markt“, erklärt der Finanzdirektor und Geschäftsführer des tunesischen Molkereiunternehmens, Jamel-eddine Zrelli. Auf einem Tablett neben seinem Schreibtisch hat er die beeindruckende Produktpalette aufgebaut: Normale Milch, fettarme Milch, Milch mit Fruchtsaft versetzt und vor allem allerlei unterschiedliche Joghurtprodukte sind da zu sehen – mit und ohne Frucht, light, Creme Dessert, Joghurt zum Trinken oder mit Bifidus-Kulturen „für eine ausgewogene Verdauung“. Wer einmal vor dem Kühlregal eines europäischen Supermarkts gestanden hat, weiß, was Zrelli auffährt. „Nur, wenn wir unser Angebot ständig weiterentwickeln, garantiert das den wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens“, ist der 54-jährige Ökonom überzeugt.

Was in europäischen Unternehmen längst Normalzustand ist, gilt bei Vitalait, das seinen Sitz unweit der tunesischen Stadt Mahdia hat, als völlig revolutionär. Jahrelang hat die Firma fast ausschließlich Milch in Flaschen und unangepackte Butter produziert. Eine klare Strategie fehlte, man reagierte höchstens auf die Marktentwicklung. Heute ist das 1998 gegründete Unternehmen mit seinen 450 Mitarbeitern, mehreren modernen Produktionsanlagen und einem Jahresumsatz von zwölf Millionen Dinar ein großer Player im tunesischen Molkereisektor. „Wir decken 20 Prozent des Milchmarkts ab und sind nach Danone die Nummer zwei in Tunesien“, berichtet Zrelli und ergänzt stolz auf Englisch: „Success story!“ An die Entwicklung einer umfassenden Wachstumsstrategie, zu der auch die gezielte Diversifizierung des Angebots gehört, machten sich die Milchexperten vor drei Jahren. Dazu nahmen sie die Hilfe von Beratern für das Innovationsmanagement in Anspruch – Spezialisten, die im Rahmen des deutsch-tunesischen Programms zur Unterstützung der Klein- und Mittelindustrie bei der Markttöffnung von der GIZ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ausgebildet wurden.

Mit Unterstützung der Berater baute Vitalait die Produkt- und Marktforschung aus und verbesserte seine Marketing- und Kommunika-

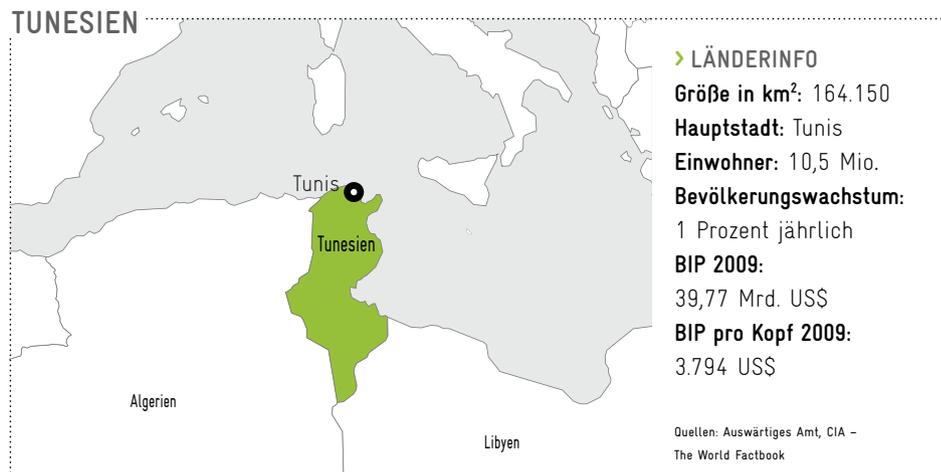
tionsstrategie. Bei den Verbrauchern kommt der neue Ansatz gut an: Vor allem der jüngeren Generation gefällt die ständig wachsende Vielfalt beim uralten Produkt Joghurt. In den nächsten Monaten wird Vitalait deshalb weitere Varianten auf den Markt bringen – angereichert mit allerlei Zusatzstoffen, von Vitaminen über Calcium bis Omega 3.

Eine Idee setzt sich durch

Produktentwicklung ist aber nur ein Aspekt des Innovationsmanagements: „Wir haben auch eine ganz neue Unternehmenskultur kennengelernt“, sagt Zrelli. „Früher delegierte der Chef nicht. Jetzt setzen wir auf Brainstorming, bis hinunter in die Produktionshallen.“ Demokratisierung

nennt er dies und trifft damit den Zeitgeist Tunesiens, dessen Bevölkerung am 14. Januar dieses Jahres der seit 23 Jahren währenden Herrschaft des Präsidenten Ben Ali ein Ende bereitet hat.

„Als wir 2008 unsere Idee vorstellten, Berater für das Innovationsmanagement einzusetzen, wollten die Zuständigen im Industrieministerium davon zunächst nichts wissen. Sie setzten ausschließlich auf die Unterstützung bei Unternehmensgründungen“, berichtet GIZ-Programmleiter Philippe Lotz. Sechs Monate fuhr er deshalb durchs Land, warb auf Messen und Kongressen für die Idee, organisierte Debatten, knüpfte vor allem Kontakte und baute Netzwerke auf. Dieser Einsatz führte schließlich zum Erfolg: Die ersten Unternehmensberater wurden geschult und in Betriebe geschickt, die »



AUF EINEN BLICK

- Unterstützung der Klein- und Mittelindustrie bei der Markttöffnung
- **Auftraggeber:** Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- **Partner:** Ministerium für Industrie und Technologie, Tunesien
- **Laufzeit:** 2004 bis 2012

Die tunesische Wirtschaft soll international wettbewerbsfähig werden. Unverzichtbar dafür sind innovative Fähigkeiten von Unternehmern. Auch muss die hohe Zahl arbeitsloser Akademiker verringert werden, am besten durch Unternehmensneugründungen, die von leistungsfähigen öffentlichen und privaten Fördereinrichtungen unterstützt werden. Die GIZ berät die tunesische Regierung in politischer Hinsicht und arbeitet in verschiedenen Regionen des Landes mit einem Beraternetzwerk Innovationsmanagement. Mit über 90 Unternehmen besteht eine direkte Zusammenarbeit, zusätzlich sind bei einer Reihe von Betrieben Public Private Partnerships (PPP) angeregt worden.

» INTERVIEW

„NEUE FREIHEITEN VERTEIDIGEN“



Faten Basly, Generaldirektorin der Industrie- und Handelskammer Tunesien Zentrum und Koordinatorin des Regionalen Komitees für Innovation

Frau Basly, eines der Hauptprobleme in Tunesien unter dem im Januar gestürzten Präsidenten Ben Ali war die Korruption. Was bedeutete das für die Unternehmen im Land?

Die kleinen Betriebe waren davon kaum betroffen. Aber die großen, erfolgreichen Unternehmen schon. Entweder sie öffneten ihr Kapital für die Vertreter des alten Regimes oder es wurden ihnen Schwierigkeiten bereitet. Viele Investoren verließen das Land.

Hat Tunesien nun ein Imageproblem bei Investoren?

Wir müssen wieder Vertrauen schaffen, damit die ausländischen Investoren zurückkommen. Ich bin sehr zuversichtlich. Wir haben ein gutes Ausbildungsniveau und die tunesische Gesellschaft ist sehr offen und blickt in die Zukunft.

Wie kommt der Innovationsgedanke in der tunesischen Wirtschaft an?

Als wir 2008 anfangen, von Innovation zu reden, schauten uns alle erstaunt an und fragten, was um Himmels willen das sei. Heute ist das Wort in aller Munde, weil unsere Projekte Erfolg haben. Das ist gut: Innovation muss immer und überall präsent sein, wenn unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig bleiben soll.

Noch befindet sich das Land im Übergang. Wohin wird die politische Entwicklung gehen?

Eine Revolution ist ein komplexer Prozess. Das ist nicht eine Sache von ein oder zwei Monaten. Nach und nach wird sich die neue politische Landschaft herauskristallisieren. Ich bin mir aber sicher, dass die Jugend und vor allem wir Frauen die Freiheiten verteidigen werden. Tunesien wird ein Land sein, in dem Meinungsfreiheit herrscht.

Interview: Reiner Wandler

zusammen mit den regionalen Industrie- und Handelskammern ausgesucht worden waren.

Ein solcher Betrieb ist die Bäckerei Segni in Kairouan. Chebli Najeh ist in dem Traditionsunternehmen für Qualitätsprüfung, Produktion und Innovation verantwortlich. Die Beratung hat die ausgebildete Technikerin für Ernährungswesen genutzt, um ihr Fachwissen weiter auszubauen und sich neue Managementstrategien und -methoden anzueignen. „Brainstor-

ming, Strategieentwurf, Einordnung, genaue Definition, Umsetzung“, zählt die 26-Jährige auf, was sie gelernt hat. Die Theorie hat man bei Segni gleich in die Praxis umgesetzt und – ähnlich wie bei Vitalait – ein traditionelles Produkt neu erfunden: Makroudh, die für die Region typischen, mit Dattelmus gefüllten Plätzchen. Dafür ist die Bäckerei schon seit 50 Jahren in der Gegend um Kairouan bekannt. Seit ein paar Jahren ist die Marke im ganzen Land in den Su-



1 Jameleddine Zrelli setzt in seinem Betrieb auf ständige Weiterentwicklung in allen Bereichen.

permärkten zu finden und das Unternehmen exportiert sogar nach Algerien, Marokko, Frankreich und Italien. Vor allem in den Sommermonaten herrscht Hochbetrieb in der kleinen Produktionshalle am Rande der Altstadt. Denn dann heiraten besonders viele Tunesier und die Makroudh dürfen bei keinem Hochzeitsfest fehlen. Bis zu fünf Tonnen des süßen Gebäcks liefert das Familienunternehmen während der Hochsaison aus, rund 80 Mitarbeiter sind dann im Einsatz.

„Dieser Erfolg ist die Folge unserer Strategie“, sagt Najeh. „Wir haben neue Geschmacksrichtungen entwickelt und einen Makroudh light auf den Markt gebracht.“ Die Light-Variante hat weniger Zucker, ist mit einem anderen Dattelmus gefüllt und hat damit nur halb so viele Kalorien wie das herkömmliche Gebäck. „Das Produkt ist sogar für Diabetiker geeignet“, preist Najeh die Neuentwicklung an.

Nicht nur die Produktpalette, sondern auch die Produktionsprozesse haben sich infolge



2 Die Bäckerei Segni konnte dank der Innovationsberatung ihre Qualitätsstandards weiter erhöhen und ist inzwischen ISO-zertifiziert. 3 Keine tunesische Hochzeit ohne Makroudh-Plätzchen: Während der Haupthochzeitssaison, dem Sommer, geht das Gebäck gleich tonnenweise in die Läden.

der Innovationsberatung deutlich verändert: „Wir haben das Unternehmen auch automatisiert und bessere Qualitätsstandards eingeführt“, so Chebli Najeh. Jetzt erfüllt das Gebäck die aktuellen ISO-Normen für Lebensmittelverarbeitung – eine zentrale Voraussetzung für den Export nach Europa.

Fit für den Weltmarkt werden

Die Idee der ständigen Weiterentwicklung, die ein Kernstück des deutsch-tunesischen Wirtschaftsförderungsprogramms bildet, hat längst auch übergeordnete Ebenen erreicht. Tunesien steht kurz vor einer privilegierten Partnerschaft mit der Europäischen Union. „Wenn unsere Unternehmen auch künftig wettbewerbsfähig sein wollen, müssen wir innovativ sein“, erklärt vor diesem Hintergrund Faten Basly. Sie ist Generaldirektorin der Industrie- und Handelskammer in der tunesischen Region Zentrum, einer der reichsten Gegenden des nordafrikanischen

Landes, in der auch die Städte Kairouan, Monastir und Sousse liegen. Die 220 Quadratkilometer große Region beherbergt 2,1 Millionen Menschen und damit 20 Prozent der tunesischen Bevölkerung. Rund 1.700 Betriebe mit jeweils mehr als zehn Mitarbeitern, vor allem aus der Textilbranche, der Lebensmittel- und Autozulieferindustrie sowie Chemiebetriebe sind hier angesiedelt.

Faten Basly und ihr Team haben der GIZ geholfen, landesweit insgesamt 95 Unternehmen wie Vitalait und Segni zu finden. Gleichzeitig hat die Industrie- und Handelskammer ein Regionales Komitee für Innovation aufgebaut, dem neben sechs Unternehmensberatern insgesamt 59 Unternehmen, Verbände und öffentliche Einrichtungen angehören. Wenn das deutsch-tunesische Entwicklungsprogramm 2012 ausläuft, wird das Komitee die Arbeit weiterführen: „Wir verbreiten mit Vorträgen und auf Messen die neue Unternehmenskultur“, erklärt Basly. Außerdem werden Expertenkomitees

organisiert und Marktstudien durchgeführt, um die Betriebe zu unterstützen. Nicht zuletzt vernetzt sich das Komitee mit Universitäten, um den Innovationsgedanken schon in die Ausbildung hineinzutragen. Bei der Auswahl der Dozenten setzt man auf Praktiker: Einer von denen, die die leitenden Angestellten von morgen unterrichten, ist Jameleddine Zrelli von Vitalait. ■

ANSPRECHPARTNER

Philippe Lotz > philippe.lotz@giz.de



Die Journalistin *Bettina Ruigies* bringt ihre Fachkompetenz beim Aufbau kirgisischer Bürgerradios ein.

BESUCHT

EINE BRÜCKE IN DIE WELT

WENN RADIOMOST – zu Deutsch: Radio Brücke – auf Sendung geht, hört fast jeder im kirgisischen Talas-Tal zu. Rund 120.000 Hörer erreicht das Bürgerradio, das seit 2007 14 Stunden am Tag über alles informiert, was lokal und global bedeutsam ist. „In dieser Gegend hatten viele Menschen vorher keinen Zugang zu unabhängigen Medien“, berichtet Bettina Ruigies. „Für sie ist Radiomost eine Brücke in die Außenwelt.“ Dass diese Brücke besteht, ist auch das Verdienst der deutschen Journalistin: 2006 wurde sie vom Centrum für internationale Migration und Entwicklung (CIM) als Integrierte Fachkraft an die kirgisische Nichtregierungsorganisation Mediamost vermittelt. „Seitdem entwickle ich hier mit den einheimischen Kollegen Konzepte für den Aufbau von Bürgerradios und setze sie um – von der Technik über Inhalte bis zur Sendelizenz“, sagt Ruigies. Die Sender sollen die Demokratie und die Zivilgesellschaft in Kirgisistan fördern. Im Talas-Tal ist das geglückt: „Die Talasser produzieren jetzt eigene Programme mit Inhalten, die für sie wichtig sind“, so Ruigies. Sie werden nicht die Einzigen bleiben. Noch 2011 bringt Mediamost drei weitere Bürgerradios an den Start.



Kirgisistan hat rund fünf Millionen Einwohner, die mehr als 80 Nationalitäten angehören. Das Land ist seit 1991 unabhängig. Im Süden kam es im Frühjahr 2010 zu schweren Unruhen.

Arthur Wallach besuchte Bettina Ruigies in Bischkek.



Bettina Ruigies (Mitte) und Arthur Wallach im Studio des Bischkekener Radiosenders Tumaer, der die Bürgerradios in technischen Fragen berät.

FÜNF MAL EINS

ENTWICKLUNG SOLLTE ...

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GIZ erzählen, was für sie persönlich das wichtigste Entwicklungsziel ist.

1

BERND DUMKE
ist seit August 2010
im GIZ-Büro Benin als
regionaler Verwal-
tungsleiter für Benin
und Togo zuständig.



„... umfassend sein.“

Entwicklung sollte sich nicht nur auf einzelne Bereiche beschränken.

DR. ANNETTE ROTH,
Fachgruppe Ländliche
Entwicklung, Ressour-
censchutz und Was-
ser, Bonn



„... verantwortungsvoll und vorausschauend gestaltet werden.“

Entwicklung sollte zur Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte beitragen. Ein gutes Leben für alle Menschen heute und für zukünftige Generationen sollte Ziel der Entwicklungsbestrebungen sein. Dazu müs-
sen natürliche Ressourcen erhaltend und nachhaltig genutzt werden.

2

3

MAGUED YOUSSEF
leitet seit 2007 das
GIZ-Regionalbüro in
Kairo.



„... globale und nationale Ziele ausbalancieren.“

In der Entwicklungszusammenarbeit sollten Prozesse zum Einsatz kommen, die für alle Beteiligten Vorteile bringen: realistische individuelle Freiheiten, durchdachte Organisationsstrukturen und Visionen, die sich systemisch ergeben. Der Erfolg hängt davon ab, eine Balance zwischen nationalen und globalen Zielen zu schaffen.

**SILKE FEIL-
SCHWAMBORN,**
Nachhaltige Techno-
logie, Industrie- und
Stadtentwicklung,
Bonn



„... zu globaler Ressourcengerechtigkeit beitragen.“

Die Schwellen- und Industrieländer tragen eine besondere Verantwortung, klimaverträgliche Entwicklungspfade aufzuzeigen. In meinem Arbeitsbereich gilt es, die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen durch ressourceneffiziente, klimaverträgliche und sozial ausgerichtete Unternehmensführung zu stärken und so zur Armutsreduzierung beizutragen.

4

5

CLAUDIA HERMES
arbeitet seit 2006 für
die GIZ und leitet ak-
tuell das Verkehrssek-
torberatungsprogramm
in Liberia.



„... von möglichst vielen mitgetragen werden.“

Die Herausforderung in Liberia ist: Wie kann die Friedensdividende für immer mehr Bürger spürbar werden? Bei der Erarbeitung von Verkehrsmasterplan und nationaler Verkehrspolitik wurde leidenschaftlich gestritten, wie man die Infrastruktur nachhaltig wieder aufbaut und dabei Armut reduziert. Die Diskussion ist nicht zu Ende.



Aut

Unterneh Versö Kraft Erfor

Kofi Annan rief die Initiative Global Compact ins Leben.

PRINZIPIEN FÜR DIE WIRTSCHAFT

Mit dem Beitritt zum Global Compact der Vereinten Nationen verpflichten sich Unternehmen, verantwortlich zu wirtschaften. Die Mitgliedschaft ist dabei mehr als nur Imagepflege: Wer etwas verspricht, muss es auch halten. Darüber wacht die Öffentlichkeit.

Text Jörn Leonhardt

Spätestens seit der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise scheint klar zu sein: Eine Wirtschaft, die nur auf Gewinnmaximierung aus ist, kommt nicht weit. Ethische Prinzipien werden immer stärker gefragt, nicht zuletzt vom Verbraucher. Verantwortliches und

nachhaltiges Wirtschaften – „Corporate Social Responsibility“ (CSR), wie die Experten sagen – ist in den letzten Jahren zum weltweiten Trend geworden.

Dazu passt, dass Wirtschaftsinitiativen wie der Global Compact der Vereinten Nationen

einen enormen Zuwachs an Mitgliedern verzeichnen. Mit mehr als 6.000 teilnehmenden Unternehmen aus rund 135 Ländern ist der Pakt das weltweit größte und wichtigste Netzwerk für unternehmerische Verantwortung. Allein 2010 sind mehr als 1.700 Unternehmen

FOTO: MIKE HUTCHINGS/REUTERS/CORBIS

universelle Ideale kreative Kräfte Bedürfnisse der Benachteiligten der Märkte Verbinden Generationen

und Organisationen beigetreten, darunter Riesen wie die Metro Group, Michelin oder Mitsubishi. Die Idee hinter dem Global Compact ist einfach: Die Teilnehmer verpflichten sich freiwillig, die zehn Prinzipien des Pakts in allen Ländern zu erfüllen, in denen sie tätig sind. Zu den Prinzipien zählen Umwelt- und Gesundheitsschutz, Verbot von Kinderarbeit und Diskriminierung, Respekt vor den Arbeitnehmerrechten, Einhaltung der Menschenrechte und Korruptionsbekämpfung (siehe Infokasten). Die beteiligten Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen werden mit ihren Aktivitäten auf der Homepage des Global Compact (www.unglobalcompact.org) vorgestellt.

Diskutieren statt regulieren

1999 hatte der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan die Initiative ins Leben gerufen.

Annan reagierte damit auf die weitverbreitete Befürchtung, die Globalisierung führe zum Verlust sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards. Seither betreiben die Vereinten Nationen das Netzwerk von einem Büro in New York aus. Organisiert ist der Global Compact in nationalen oder regionalen Netzwerken; mehr als 90 dieser Verbände gibt es bereits.

Das Deutsche Global Compact Netzwerk (DGCN) wird im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) seit 2001 von der GIZ in Berlin koordiniert. „Das Netzwerk versteht sich als Lern- und Dialogplattform“, erklärt GIZ-Mitarbeiterin Ann-Ulrike Henning, die mit einem kleinen Team die Geschäftsstelle betreut. „Dreimal im Jahr finden Arbeitstreffen in Berlin statt, bei denen sich die Unternehmen über die Umsetzung der zehn Prinzipien austau-

schen. Diskussionen und gemeinsames Lernen stehen dabei im Vordergrund.“ Seit einigen Jahren berät die Geschäftsstelle auch Unternehmen. Öffentliche Fachgespräche, etwa zur Rolle von Unternehmen bei humanitären Katastrophen oder beim Management von Biodiversität, ergänzen das Angebot. Mittlerweile umfasst das deutsche Netzwerk mehr als 150 Mitglieder aus der Wirtschaft, daneben aber auch rund 50 Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

CSR zahlt sich aus

Verantwortung zu übernehmen und den Geschäftsbetrieb nachhaltig zu gestalten, bringt den Unternehmen auch wirtschaftliche Vorteile: Wer weniger Ressourcen und Energie verbraucht, spart Kosten. Außerdem wirkt sich ein gutes Arbeitsumfeld im Sinne von Arbeits- »

„Verbinden wir die Kraft der Märkte mit der Autorität universeller Ideale. Versöhnen wir die kreativen Kräfte des Unternehmergeistes mit den Bedürfnissen der Benachteiligten und den Erfordernissen kommender Generationen.“ Kofi Annan

und Gesundheitsschutz positiv auf die Motivation und Produktivität der Mitarbeiter aus.

Nicht zu vergessen die indirekten Vorteile: Unternehmen, die sich in Sachen CSR engagieren, haben ein positives Image und kommen bei Kunden und Mitarbeitern besser an. Sie sind attraktiv für Nachwuchskräfte und punkten im internationalen Wettbewerb. Das macht den Glo-

bal Compact aber auch interessant für „schwarze Schafe“: „Sicherlich besteht die Gefahr, dass Unternehmen das Global-Compact-Logo als reines PR- und Marketinginstrument missbrauchen und die zehn Prinzipien nur auf dem Papier einhalten“, sagt Ann-Ulrike Henning. Längst hat sich hierfür der Begriff „Bluewashing“ eingebürgert, angelehnt an die Farbe der UN.

› DIE ZEHN PRINZIPIEN DES GLOBAL COMPACT

Menschenrechte

Prinzip 1: Unternehmen sollen den Schutz der internationalen Menschenrechte innerhalb ihres Einflussbereichs unterstützen und achten und

Prinzip 2: sicherstellen, dass sie sich nicht an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig machen.

Arbeitsnormen

Prinzip 3: Unternehmen sollen die Vereinigungsfreiheit und die wirksame Anerkennung des Rechts auf Kollektivverhandlungen wahren sowie ferner für

Prinzip 4: die Beseitigung aller Formen der Zwangsarbeit,

Prinzip 5: die Abschaffung der Kinderarbeit und

Prinzip 6: die Beseitigung von Diskriminierung bei Anstellung und Beschäftigung eintreten.

Umweltschutz

Prinzip 7: Unternehmen sollen im Umgang mit Umweltproblemen einen vorsorgenden Ansatz unterstützen,

Prinzip 8: Initiativen ergreifen, um ein größeres Verantwortungsbewusstsein für die Umwelt zu erzeugen und

Prinzip 9: die Entwicklung und Verbreitung umweltfreundlicher Technologien fördern.

Korruptionsbekämpfung

Prinzip 10: Unternehmen sollen gegen alle Arten der Korruption eintreten, einschließlich Erpressung und Bestechung.

Das Prinzip der Freiwilligkeit im Global Compact ruft immer wieder Kritiker auf den Plan. Zwar sind die Mitglieder verpflichtet, jährlich Bericht über ihre Aktivitäten zu erstatten. Diese „Fortschrittsmitteilungen“ werden aber vom Global Compact selbst nicht auf ihren Wahrheitsgehalt geprüft. Immerhin: Wer der Reportpflicht nicht nachkommt, wird aus dem Pakt ausgeschlossen. Insgesamt wurden bislang über 2.300 Unternehmen von der Liste der Teilnehmer gestrichen, allein im Jahr 2010 waren es fast 900. Die Firmen verlieren dadurch an Prestige; unmittelbare Sanktionen gibt es aber keine.

Die Öffentlichkeit macht Druck

„Dennoch wäre es falsch zu behaupten, der Global Compact sei nutzlos“, sagt Henning. „Wer sich auf die Einhaltung der zehn Prinzipien verpflichtet – und sei es nur, um sein Image aufzupolieren – muss sich auch an diesem Bekenntnis messen lassen.“ Der Druck der Öffentlichkeit ist enorm: Neben den eigenen Mitarbeitern sind es Journalisten und Nichtregierungsorganisationen, die genau hinschauen und nachhaken. Die Beschäftigung mit ethischen Fragen erzeugt eine Eigendynamik, der sich vor allem große Unternehmen nur schwer entziehen können.

Der Global Compact kann staatliche Regelungen nicht ersetzen. Er kann jedoch darauf hinwirken, dass Unternehmen, die international agieren, freiwillig auch dort verantwortlich wirtschaften, wo es nationale Gesetze nach den Vorstellungen des Global Compact nicht gibt. Das Netzwerk sieht sich nicht als politisches Kontrollorgan der globalisierten Märkte oder als Gütesiegel für CSR-Aktivitäten. Vielmehr bietet es Unternehmen eine Plattform, auf der sie Erfahrungen austauschen und Ideen weiterentwickeln können. ■

 www.globalcompact.de

LITERATURTIPPS

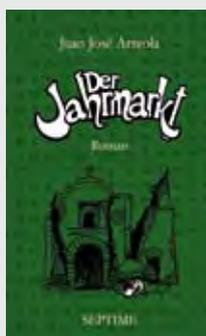
LITERATUR AUS ALLER WELT



YALO SUCHT die Liebe, aber er ist ein Kind des Krieges, Opfer und Täter; als Sohn einer christlichen Familie im Libanon, als Soldat im Bürgerkrieg, als Krimineller. Im Gefängnis, unter Folter erzählt er seine Geschichte, immer wieder, ein Rondo des Leids. Ein virtuoses und eindringliches literarisches Plädoyer für Humanität und Vielfalt.

Cornelia Zetzsche, Moderatorin und Literaturredakteurin beim Bayerischen Rundfunk

Elias Khoury: Yalo, Roman. Aus dem Arabischen von Leila Chammaa. Suhrkamp Verlag. ISBN: 978-3518422243



EIN SCHMALES BUCH, ein großes Werk. Zum Jahrmarkt in Zapotlán strömen die Leute, arme Bauern, die feiern wollen und in deren Denken und Fühlen die Vergangenheit kraftvoll präsent ist. In seinem furiosen Roman erzählt

Arreola von einem Fest, das orgiastisch mit einem Riesenbesäufnis endet, und von Jahrhunderten der Einsamkeit, Unterjochung und des Widerstands in der mexikanischen Provinz.
Karl-Markus Gauß, Schriftsteller, Kritiker und Herausgeber

Juan José Arreola: Der Jahrmarkt, Roman. Aus dem Spanischen von Georg Oswald. Septime Verlag. ISBN: 978-3902711014



DIE LITERARISCHE CHRONIK des Irak der Jahre 1940 bis 1980. Wali verknüpft in ganz und gar außergewöhnlicher Weise persönliche Lebensgeschichten mit dem großen Lauf der Dinge. Das Werk eines unislamischen Arabers und großen Kosmopoliten – Utopie und Negation zugleich.

Andreas Fanizadeh, Leiter des Kulturreports der Tageszeitung (taz)

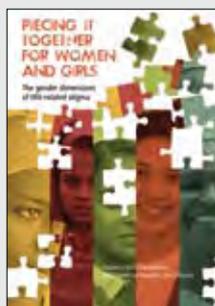
Najem Wali: Engel des Südens, Roman. Aus dem Arabischen von Imke Ahlf-Wien. Hanser Verlag. ISBN: 978-3446236431

👉 www.litprom.de litprom – Gesellschaft zur Förderung der Literatur aus Afrika, Asien und Lateinamerika hat die Rezensionen für akzente bereitgestellt. Sie sind der Bestenliste „Weltempfänger“ von litprom entnommen.

GIZ-PUBLIKATIONEN

Diese aktuellen Publikationen stehen im Internet kostenlos zum Download oder Bestellen bereit.

👉 www.giz.de/publikationen



Piecing it together for women and girls: The gender dimensions of HIV-related stigma.
Sarah Middleton-Lee.
Erhältlich in Englisch.



Energie ist Zukunft. Erfolgsgeschichten aus Lateinamerika. Jörn Breiholz, Michael Netzhammer.
Erhältlich in Deutsch.



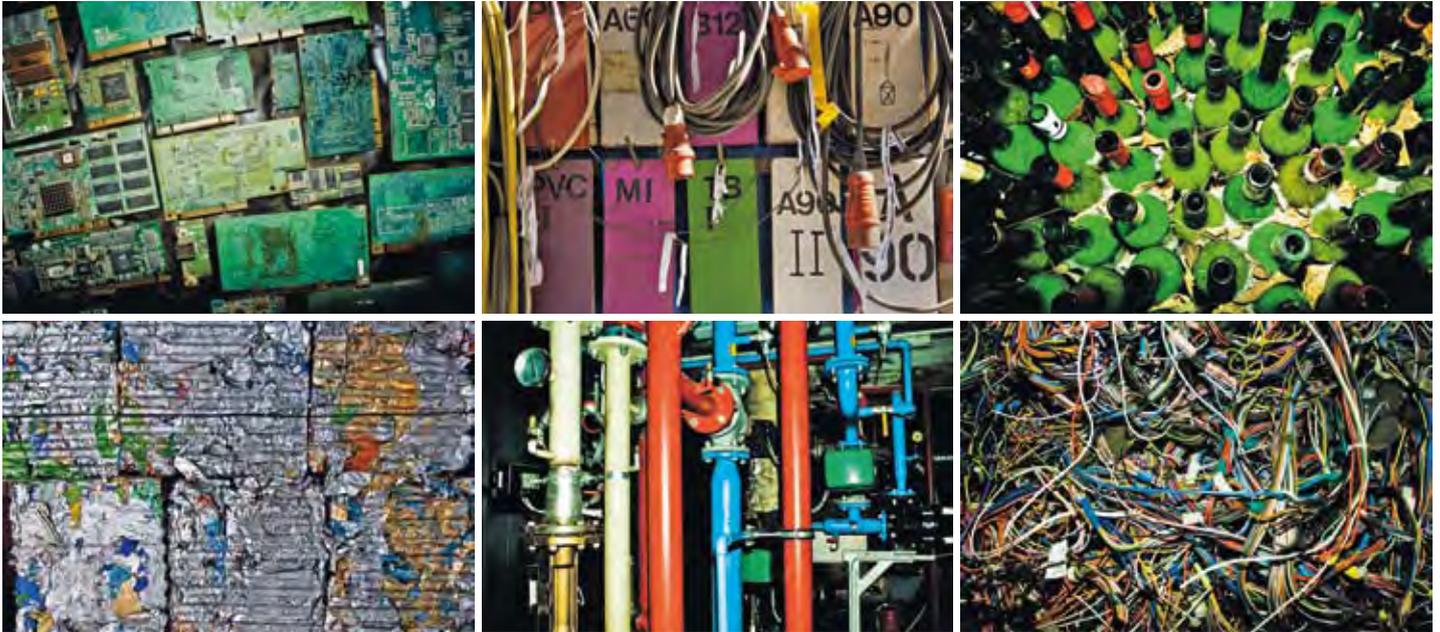
Jahresbericht 2010: Verantwortlich wirtschaften - nachhaltig entwickeln. Erhältlich in Deutsch und Englisch, Kurzfassungen in Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch.



Adaptation to climate change: New findings, methods and solutions.
Anselm Duchrow et. al.
Erhältlich in Englisch.



Fast growth and big impacts: How Emerging Market Multinationals are advancing sustainable development.
Christina Gradl et. al.
Erhältlich in Englisch.



Was bedeutet verantwortliches Wirtschaften? In der aktuellen Ausstellung im GIZ-Haus in Berlin geben neun Fotografen Antworten.

NACHHALTIGKEIT – EINE FRAGE DER PERSPEKTIVE

FOTOGRAFIE Am 17. Februar eröffnete die GIZ in Berlin mit einer Vernissage die Fotoausstellung zum Jahresthema 2011, „Verantwortlich wirtschaften – nachhaltig entwickeln“. Ende des Jahres 2010 führte eine „Roadtour“ neun Fotografinnen und Fotografen aus Deutschland, dem Kosovo, China, Indien, Algerien und Vietnam von Bonn über die nordhessische Kleinstadt Witzenhausen nach Berlin. An diesen drei Orten setzten sie ihre Perspektive auf das Jahresthema in Fotos um. Die Er-

gebnisse sind vielfältig: So fotografierte der Algerier Rafik Zaidi Flüsse und Kläranlagen, um den Kreislauf des Wassers zu dokumentieren. Atdhe Mullah aus dem Kosovo porträtierte Menschen, die beruflich mit dem Thema Nachhaltigkeit zu tun haben. Bereits seit drei Jahren organisiert die Repräsentanz Berlin Fotografenworkshops zum Jahresthema des Unternehmens. Die aktuellen Fotografien sind das ganze Jahr über im GIZ-Haus in Berlin zu sehen sowie ab Ende September im LVR-LandesMuseum in

Bonn. Weitere Ausstellungen in Brüssel, Algerien, China, Frankreich und weiteren Ländern sind ebenfalls geplant.

Fotoausstellung: bis Dezember 2011

Orte: GIZ-Repräsentanz Berlin, Reichpietsch-
ufer 20, 10785 Berlin (bis Dezember 2011);
LVR-LandesMuseum Bonn, Colmantstr. 14-16,
53115 Bonn (28.9. bis 22.11.2011)

☞ www.giz.de/jahresthema

FOTOS: ANDY SPYRA, CHRISTOPHE GATEAU, JÖRG BÖTHLING

VORSCHAU

akzente-Ausgabe 04/2011

ROHSTOFFE Ist Rohstoffreichtum für ein Land Fluch oder Segen? Allein die potenziellen öffentlichen Einnahmen aus der Ölförderung könnten in Afrika südlich der Sahara ein Vielfaches der Finanzmittel einbringen, die zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele notwendig wären. Bei schlechter Regierungsführung und verfehlter Wirtschaftspolitik werden diese Einnahmen aber gar nicht erst erzielt. Die einseitige Abhängigkeit vom Rohstoffsektor zieht vielmehr Korruption und ein erhöhtes Konfliktpotenzial nach sich. Wie kann die internationale Zusammenarbeit einen Beitrag dazu leisten, dass Partnerländer ihren natürlichen Reichtum in nachhaltige Entwicklung übersetzen? Antworten darauf lesen Sie in der nächsten akzente-Ausgabe.



AUTOREN UND FOTOGRAFEN DIESER AUSGABE



Anoush Aslanyan arbeitet für die GIZ als Beraterin für lokale Wirtschaftsförderung in Armenien, wo sie auch das Bild für die Rubrik „fotografiert“ machte.



Sabine Schiemann ist als Art Direktorin bei muehlhausmoers kommunikation tätig und hat die Titelgeschichte und die Rubrik „erklärt“ illustriert.



Paul Hahn ist als freier Fotograf weltweit tätig. Für diese Ausgabe der akzente porträtierte er Bundesminister Dirk Niebel. www.paulhahn.de



Michael Tsegaye ist freier Fotograf und lebt in Addis Abeba. Er machte die Bilder zum Beitrag über den Südsudan. www.michaeltsegaye.com



Philipp Hedemann lebt als freier Journalist in Äthiopien. Für akzente bereiste er den jüngsten Staat der Welt, den Südsudan.



Arthur Wallach arbeitet für die GIZ beim Centrum für internationale Migration und Entwicklung. Er besuchte Bettina Ruigies in Kirgisistan.



Hanna Labonté ist Islamwissenschaftlerin und lebt in Saudi-Arabien Hauptstadt Riad. Sie schrieb den Artikel über Biolandbau in der Wüste.



Reiner Wandler arbeitet als Korrespondent für verschiedene Zeitungen. Er berichtet über Portugal, Spanien und Nordafrika. www.reiner-wandler.de



Jörn Leonhardt ist Mitarbeiter der Unternehmenskommunikation der GIZ. Er schrieb für akzente über den Global Compact.



Andreas Wolf lebt seit 18 Jahren als freier Fotograf in Saudi-Arabien. Er machte die Fotos zum Artikel über Biolandbau. www.andreaswolf.at



Michael Netzhammer hat sich als freier Journalist auf Entwicklungsthemen spezialisiert. Er untersuchte das Verhältnis zwischen Stadt und Land.



Gabriele Rzepka ist freie Journalistin. Sie schreibt seit vielen Jahren über entwicklungs-politische sowie technische Themen.

IMPRESSUM

AKZENTE

Herausgeber: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH, Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

• Friedrich-Ebert-Allee 40, 53113 Bonn,
Tel.: +49 228 44 60-0, Fax: +49 228 44 60-17 66

• Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn,
Tel.: +49 61 96 79-0, Fax: +49 61 96 79-11 15

Dorothee Hutter, Unternehmenskommunikation

E-Mail: akzente@giz.de

Internet: www.giz.de/akzente

Verantwortlich: Daniele Lovens, Leitung Öffentlichkeitsarbeit (GIZ)

Inhaltliche Konzeption und Redaktion:

Wolfgang Barina (verantwortlich), Claudia Becker, Jörn Leonhardt, Daniele Lovens, Carola Ritzenhoff, Dr. Felix Sommer (GIZ); Karsten Fiehe, Dagmar Puh (muehlhausmoers kommunikation)

Gestalterische Konzeption: Karen Gabbert, Claudia Becker (GIZ)

Lektorat: textschriftmacher, Lübeck

Art Direktion: Sabine Schiemann (muehlhausmoers kommunikation)

Produktion: muehlhausmoers kommunikation, Köln

Lithografie: purpur, Köln

Druck: Heinrich Fischer Rheinische Druckerei GmbH, Worms

Papier: Arctic Volume, nach FSC-Standard zertifiziert

Kartenmaterial: GIZ/Ira Olaleye

Die kartografische Darstellung dient nur dem informativen Zweck und beinhaltet keine völkerrechtliche Anerkennung von Grenzen und Gebieten. Die GIZ übernimmt keinerlei Gewähr für die Aktualität, Korrektheit oder Vollständigkeit des bereitgestellten Kartenmaterials. Jegliche Haftung für Schäden, die direkt oder indirekt aus der Benutzung entstehen, wird ausgeschlossen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung des Herausgebers wieder.

Alle nicht gekennzeichneten Bilder: GIZ

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Erscheinungsdatum der vorliegenden Ausgabe:

September 2011

ISSN: 0945-4497

akzente wurde 2011 mit einem Mercury Award in Gold und 2010 mit einem Best of Corporate Publishing Award in Silber ausgezeichnet.

